

WIFO ■ MONATSBERICHTE 3/2025

- Rezession in Österreich hält an
- Europäische Wirtschaftspolitik 2024
- Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen
- Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2025

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2025 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



98. Jahrgang, Heft 3/2025

111-120 ■ **Rezession in Österreich hält an**

Marcus Scheiblecker

Österreichs Wirtschaft schrumpfte 2024 um 1,2% und damit stärker als 2023 (-1,0%). Die Unternehmensumfragen des WIFO lassen noch keinen baldigen Aufschwung erwarten. Die Industrieproduktion ging weiter zurück und die Erwartungen sind gedämpft. Die Baukonjunktur dürfte sich auf niedrigem Niveau stabilisiert haben. Tourismus und Handel expandieren leicht.

Recession in Austria Continues

121 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

123-135 ■ **Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs**

Atanas Pekanov

Das Jahr 2024 war sowohl in der EU als auch im Euro-Raum von schwachem Wirtschaftswachstum geprägt. Die Arbeitslosigkeit erreichte dennoch einen neuen Tiefstand. Die Inflation im Euro-Raum näherte sich dem Zielwert der Europäischen Zentralbank an. Diese lockerte 2024 schrittweise ihre Geldpolitik und senkte ab der Jahresmitte die Leitzinssätze. Ausgehend von der Konjunkturschwäche sowie der Produktivitätslücke gegenüber den USA und angestoßen durch die Letta- und Draghi-Berichte war die Diskussion der EU-Wirtschaftspolitik auf langfristige strukturelle Probleme gerichtet. Die Europäische Kommission stellte Anfang 2025 einen Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit der EU vor. Ein Ziel der neuen Kommission wird die Entbürokratisierung und die Vereinfachung des EU-Regelwerks sein.

European Economic Policy 2024. Between External Shocks, Structural Problems and the Need for a Productivity Boost

137-150 ■ **Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen**

Kathrin Hofmann, Agnes Kügler

Im Jahr 2024 befand sich die österreichische Wirtschaft weiterhin im Abschwung. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit blieb hoch, was die Investitionsdynamik dämpfte. Die Erhöhung der Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen im Vorjahr dürfte sich positiv auf den Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen ausgewirkt haben: er stieg 2024 auf 25,8%, blieb jedoch unter dem Vorkrisenniveau. Gleichzeitig erreichten die für das Folgejahr geplanten Ausgaben für Produktneueinführungen einen neuen Tiefstand, was die Skepsis der Unternehmen hinsichtlich der künftigen Geschäftslage widerspiegelt.

Growth in New Product Launches Despite Stagnating Investment

151-157 ■ **Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft.** Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

Franz Sinabell

In der EU-Agrarpolitik gilt Digitalisierung als ein wichtiges Vehikel, um die Innovationskraft und Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen. Während die internationale Literatur Rückschlüsse darauf erlaubt, in welchem Umfang digitale Technologien in der Volkswirtschaft insgesamt und im Speziellen im Agrarsektor eingesetzt werden, gibt es zur österreichischen Landwirtschaft vergleichsweise wenige einschlägige Untersuchungen. Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse zweier empirischer Erhebungen vor, die einen Überblick zur Verbreitung digitaler Methoden und Technologien in Österreichs Landwirtschaft geben und die Vorteile und Hemmnisse ihrer Anwendung untersuchen. Angesichts der Bedeutung der Digitalisierung für Produktivität und Umweltschutz sollte dem laufenden Monitoring mehr Beachtung geschenkt werden.

Digitalisation in Austrian Agriculture. An Overview on Current Evidence and Challenges

Rezession in Österreich hält an

Marcus Scheiblecker

- Die neue vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) von Statistik Austria weist für 2024 ein deutlich schwächeres Wirtschaftswachstum aus als frühere Datenlieferungen.
- Der Rückgang der österreichischen Industrieproduktion beschleunigte sich im Dezember 2024. Bisher deuten weder die Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Lage noch ihre Erwartungen auf ein baldiges Ende der Industrierezession hin.
- Die Bauwirtschaft hingegen dürfte die Talsohle erreicht haben. Angesichts der verstärkten Neuvergabe von Hypothekarkrediten sollte sich die Baukonjunktur allmählich stabilisieren.
- Auch der Einzelhandel erholt sich zunehmend. Handel und Tourismus, die im IV. Quartal 2024 erstmals seit über einem Jahr wieder gewachsen waren, dürften auch zu Jahresbeginn weiter expandiert haben.
- Die Inflation lag in Österreich im Jänner und Februar über 3%.
- Angesichts der Dauer und Schwere der Rezession erweist sich der Arbeitsmarkt als relativ robust.

Rezessionen in der österreichischen Industrie

Produktionsindex in der Herstellung von Waren



"Die derzeitige Industrierezession dauert bereits länger an als die drei letzten Krisen und dürfte auch die größten Produktionseinbußen mit sich bringen."

Am Verlauf des Industrieproduktionsindex seit 1996 lassen sich vier Rezessionen ablesen: Die Millenniumsrezession (Schrumpfung von Jänner 2001 bis August 2002), die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (Oktober 2008 bis Mai 2009), die COVID-19-Krise (Februar bis April 2020) und die derzeitige Rezession ab Dezember 2022 (Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond).

Rezession in Österreich hält an

Marcus Scheiblecker

Rezession in Österreich hält an

Österreichs Wirtschaft schrumpfte 2024 um 1,2% und damit stärker als 2023 (-1,0%). Die Unternehmensumfragen des WIFO lassen noch keinen baldigen Aufschwung erwarten. Die Industrieproduktion ging weiter zurück und die Erwartungen sind gedämpft. Die Baukonjunktur dürfte sich auf niedrigem Niveau stabilisiert haben. Tourismus und Handel expandieren leicht.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 3. 2025

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Recession in Austria Continues

Austria's economy shrank by 1.2 percent in 2024, and thus more sharply than in 2023 (-1.0 percent). WIFO's business surveys do not yet point to an upturn in the near future. Industrial production continued to fall, and expectations are subdued. Construction activity seems to have stabilised at a low level. Tourism and trade are expanding slightly.

Laut den neuen VGR-Daten von Statistik Austria sank die österreichische Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2024 um 0,4% und damit etwas kräftiger als im III. Quartal (-0,3% gegenüber der Vorperiode). Da auch die Werte für die ersten drei Quartale 2024 deutlich nach unten revidiert wurden, ergibt sich für das Gesamtjahr 2024 nunmehr ein BIP-Rückgang um 1,2% (real, vorläufig). Damit verschärfte sich die Rezession gegenüber 2023 (-1%).

Die international schwache Nachfrage nach Industrieprodukten dämpft die Produktion im Euro-Raum. In Deutschland schrumpfte der Industrieproduktionsindex 2024 bereits das dritte Jahr in Folge. Noch kündigen die Unternehmenserwartungen keine nennenswerte Verbesserung der Industriekonjunktur an, vielmehr herrscht nach wie vor Krisenstimmung. Die konkreter werdende Zollandrohung der USA auf Waren aus der EU dürfte die europäische Industrie auch in den kommenden Monaten belasten.

In den USA entwickelt sich die Wirtschaft bislang robust, allerdings nahm angesichts der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der neuen Regierung die Unsicherheit zu. Das BIP expandierte im IV. Quartal 2024 um 0,6% und damit kaum schwächer als in der Vorperiode. Die Inflationsrate ist seit September 2024 aufwärtsgerichtet und erhöhte sich im Jänner weiter auf 3,0% (Dezember 2024: 2,9%). Diese Entwicklung und die Aussicht auf neue Importzölle schüren die Erwartung

eines erneuten Inflationsanstieges. Dies dämpft die Konsumlaune der privaten Haushalte.

Die schwache Konjunktur im Euro-Raum trifft auch die österreichische Industrie hart. Wenngleich die Produktion bereits seit Anfang 2023 tendenziell abnimmt, beschleunigte sich die Talfahrt Ende 2024. Unternehmensumfragen deuten lediglich auf eine Verlangsamung des Abwärtstrends in den kommenden Monaten hin. Die Zollandrohung der USA, des zweitwichtigsten Handelspartners Österreichs, drückt die Stimmung zusätzlich.

Demgegenüber dürfte Österreichs Bauwirtschaft die Talsohle erreicht haben. Vermehrte Neuabschlüsse von Hypothekarkrediten, das etwas günstigere Zinsumfeld und die für Mitte 2025 erwartete Lockerung der Kreditvergaberichtlinien verbessern die Rahmenbedingungen für Bauinvestitionen.

Auch die Konsumnachfrage, die sich im IV. Quartal 2024 stabilisierte, gewinnt tendenziell an Schwung. Die realen Einzelhandelsumsätze zogen im 2. Halbjahr 2024 wieder an. Die Neuzulassungen von Pkws legten in den letzten Monaten kräftig zu. Lediglich das Verbrauchervertrauen schwächelt, belastet durch die Angst um den eigenen Arbeitsplatz und die zahlreichen Firmeninsolvenzen.

Der heimische Tourismus floriert nach wie vor. Nach einem Nächtigungsrekord im Sommer 2024 zeichnet sich auch für die Wintersaison 2024/25 ein neuer Höchststand ab. Die hohe Nachfrage kann zwar den Produktionsausfall in der Industrie bei weitem nicht kompensieren, dämpft aber den Abschwung.

Die Inflationsrate schnellte Anfang 2025 aufgrund des Auslaufens der Strompreisbremse, der Verteuerung fossiler Brennstoffe und des schwachen Euro wieder auf 3,2% empor. Laut Schnellschätzung von Statistik Austria erhöhte sie sich im Februar weiter auf 3,3%.

1. Internationale Konjunktur

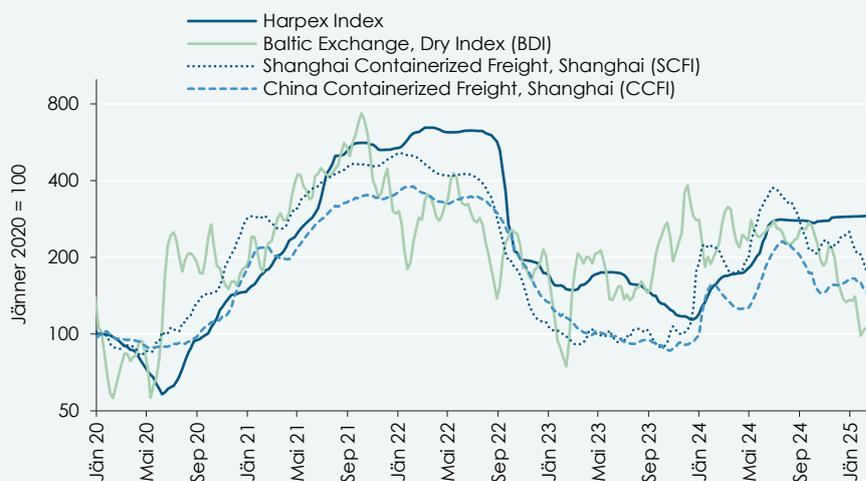
Ende 2024 hatten der Welthandel und die weltweite Industrieproduktion noch deutlich an Schwung gewonnen. Die zu Jahresbeginn 2025 beobachtete Verbilligung der Seefrachtkosten (Abbildung 1) könnte jedoch auf eine bevorstehende Verlangsamung hindeuten. Die von den USA angekündigte Anhebung der Importzölle auf Waren vieler Länder dürfte den Welthandel dämpfen.

Chinas Wirtschaft entwickelte sich im IV. Quartal 2024 mit +1,6% gegenüber der Vorperiode noch äußerst robust. Der lebhaft exportierte glich die Schwächen im priva-

Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der Konjunkturlaute noch als relativ robust. Die Arbeitslosenquote stieg zwar im Vergleich zum Vorjahr deutlich an, stagnierte aber in den letzten Monaten nahezu (saisonbereinigt). Gemäß der vorläufigen Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) war die saisonbereinigte Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse im Februar 2025 trotz der Rezession höher als im Vormonat. Allerdings fiel der Zuwachs geringer aus als der Verlust an Beschäftigung zu Jahresbeginn.

ten Konsum und der Baunachfrage aus. Die USA heben ab März 2025 Importzölle auf chinesische Waren ein. Dies wird Chinas Warenexport belasten. Gelingt es der chinesischen Zentralregierung nicht, die Binnenachfrage zu stimulieren, dürften Schleifspuren in der Konjunktur unvermeidbar sein. Die äußerst geringe Inflationsrate zum Jahresende 2024 belegt die Konsumschwäche in China. Im Jänner erhöhte sie sich zwar auf 0,5%, jedoch bleibt abzuwarten, wie nachhaltig dieser Anstieg ist. Der Einkaufsmanagerindex deutete auch zu Jahresbeginn auf eine leichte Stimmungseintrübung in der chinesischen Industrie hin.

Abbildung 1: Entwicklung der Seefrachtkosten seit 2020



Q: Baltic Exchange dry, Harper Peterson, Shanghai Shipping Exchange, Macrobond. Wochendaten, logarithmische Darstellung.

1.1 Wirtschaftsentwicklung in den USA auf kurze Sicht robust

In den USA wuchs die Wirtschaft im IV. Quartal 2024 um 0,6% und damit nur etwas langsamer als in den beiden Quartalen zuvor (jeweils +0,8%). Das Wachstum stützte sich auf die lebhaft Konsumnachfrage, während

die Bruttoanlageinvestitionen, der Export und der öffentliche Konsum kaum zur Expansion beitrugen. Die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der USA weniger bedeutende Industrieproduktion verlief im Jänner träge, jedoch zeigten Unternehmensumfragen eine Verbesserung der Stimmung in der Sachgütererzeugung an.

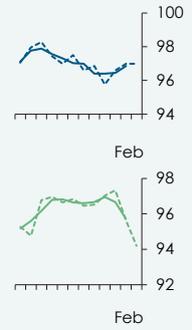
Abbildung 2: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

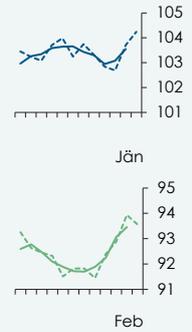
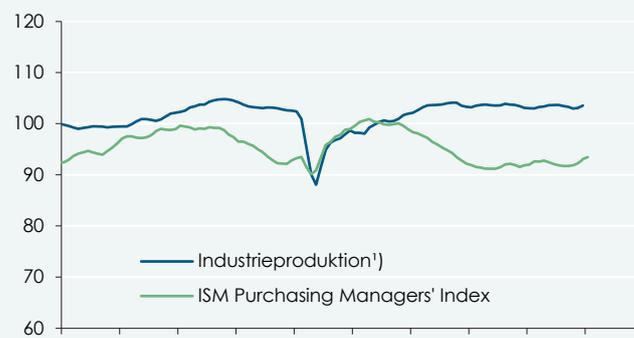
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



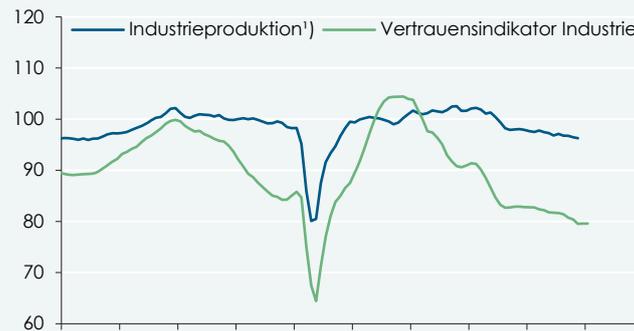
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – 1) ÖNACE 2008, Abschnitte B, C und D. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Demgegenüber könnte die Konsumnachfrage in den USA in absehbarer Zeit an Schwung verlieren, da das Verbrauchervertrauen nicht nur im Jänner, sondern auch im Februar zurückging. Der Rückgang dürfte den erwarteten Preissteigerungen zuzuschreiben sein, die üblicherweise auf Zollerhöhungen folgen, zumal die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor günstig ist.

Nach einer kontinuierlichen Verlangsamung der Inflation bis September 2024 sind seither sowohl der Deflator des privaten Konsums als auch der Verbraucherpreisindex angestiegen. Die Kerninflation in den USA verharrt bereits seit Mai 2024 nahezu unverändert bei 3,3%. Die bevorstehenden Zollerhöhungen trüben die Aussichten auf sinkende Raten.

In der Folge ließ die Notenbank der USA ihren Leitzinssatz im Jänner unverändert. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Zinssenkungen hat abgenommen. Die in der Rendite auf Staatsanleihen der USA ausgedrückten langfristigen Zinssätze sind seit Oktober 2024 wieder kräftig um 80 Basispunkte gestiegen. Damit hat sich das makroökonomische Umfeld in den USA verschlechtert.

1.2 Konjunktur im Euro-Raum anhaltend schwach

Im Euro-Raum belief sich das Wirtschaftswachstum im IV. Quartal 2024 auf 0,1%; es wurde im Vergleich zur Schätzung von Ende Jänner 2025 um 0,1 Prozentpunkt nach oben revidiert. Nach wie vor leidet die deutsche Wirtschaft mit ihrem hohen Industrieanteil beträchtlich unter der schwachen Nachfrage. Sie schrumpfte das sechste Quartal in

Folge. Auch die Wirtschaft Frankreichs verlor an Schwung und schrumpfte im IV. Quartal um 0,1%, während Italiens BIP nach einer Stagnation im III. Quartal kaum expandierte (+0,1%). Lediglich die spanische Wirtschaft konnte mit +0,8% ihr schwungvolles Wachstum beibehalten.

Weiterhin bremsen Industrie und Bauwesen die Konjunktur im Euro-Raum. Die Industrie, die Anfang 2023 in eine Rezession geschlittert war, büßte tendenziell auch 2024 an Produktion ein. Die deutsche Industrieproduktion schrumpfte 2024 sogar das dritte Jahr in Folge. Umfragen unter Industrieunternehmen des Euro-Raumes deuten nach wie vor nicht auf einen baldigen Aufschwung hin. Im Gegenteil: Sowohl der S&P Global-Einkaufsmanagerindex als auch der Economic Sentiment Indicator (ESI) zeigten im Februar eine weitere Kontraktion an. Zudem dämpfen die von den USA angekündigten Importzölle die Erwartungen.

Das Auslaufen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, die erneute Verteuerung von Energieträgern und die Schwäche des Euro im Vergleich zum Dollar ließen im Euro-Raum die Inflationsrate wieder ansteigen. Ausgehend von 1,7% im September 2024 erhöhte sie sich bis Jänner 2025 schrittweise auf 2,7%. Im Februar folgte ein Rückgang auf 2,4%. Die Kerninflation stagnierte dagegen in den letzten Monaten infolge der schwachen Nachfrage nach Konsumgütern bei 2,7% und reduzierte sich im Februar nach vorläufiger Rechnung leicht auf 2,6%. Das Niveau der Sekundärmarktrendite auf Staatsanleihen des Euro-Raumes blieb allerdings seit Jahresbeginn 2025 unverändert hoch.

Die im Gefolge höherer Importzölle zu erwartende Beschleunigung der Inflation könnte die Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung gefährden.

Die seitens der USA angekündigten Importzölle belasten die ohnedies gedämpfte Stimmung europäischer Industrieunternehmen zusätzlich.

2. Österreichs Wirtschaft schrumpfte 2024 das zweite Jahr in Folge

In Österreich ging die Wirtschaftsleistung im gesamten Jahresverlauf 2024 zurück. Im IV. Quartal sank das BIP laut Statistik Austria um 0,4% gegenüber der Vorperiode, womit sich der Rückgang verglichen mit dem III. Quartal (-0,3%) sogar noch etwas beschleunigte. Damit schrumpfte das preisbereinigte BIP bereits das achte Quartal in Folge, sieht man von der Stagnation im IV. Quartal 2022 ab, sogar das zehnte Mal. Die derzeitige Rezession ist somit bereits jetzt die längste der Nachkriegsgeschichte.

Ausschlaggebend für das schlechte Ergebnis im IV. Quartal war die Industriewertschöpfung (einschließlich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung), die mit -3,5% den stärksten Rückgang seit Beginn der Rezession verzeichnete. Auch die Bauwirtschaft (-0,3%) bremste die Konjunktur, wenngleich

sich der Rückgang dort etwas verlangsamte.

Dem Handel gelang erstmals seit über zwei Jahren wieder eine Ausweitung der Wertschöpfung, allerdings war sie mit +0,1% sehr gering. In der Beherbergung und Gastronomie konnte ein Anstieg von gut 1% erzielt werden, nachdem die Wertschöpfung in den fünf Quartalen davor rückläufig gewesen war.

Auf der Nachfrageseite stützten der private (+0,3%) und der öffentliche Konsum (+0,5%) das BIP. Auch die Bruttoanlageinvestitionen legten nach mehreren Quartalen des Rückgangs wieder zu (+0,4%). Einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um real 1,7% gegenüber der Vorperiode standen allerdings Rückgänge der Bauinvestitionen (-0,3%) und

Die heimische Wirtschaftsleistung schrumpfte 2024 das zweite Jahr in Folge. Damit erlebt Österreich derzeit die längste Rezession der Zweiten Republik.

der sonstigen Investitionen¹⁾ (-0,2%) gegenüber.

Die Industrierezession spiegelte sich wie in den Quartalen zuvor in einer Verringerung des Exportes, der im IV. Quartal 2024 um fast 3% schrumpfte. Auch der Import nahm um 2% ab, nachdem er im III. Quartal noch gewachsen war.

2.1 Industrierezession verschärfte sich zum Jahresende

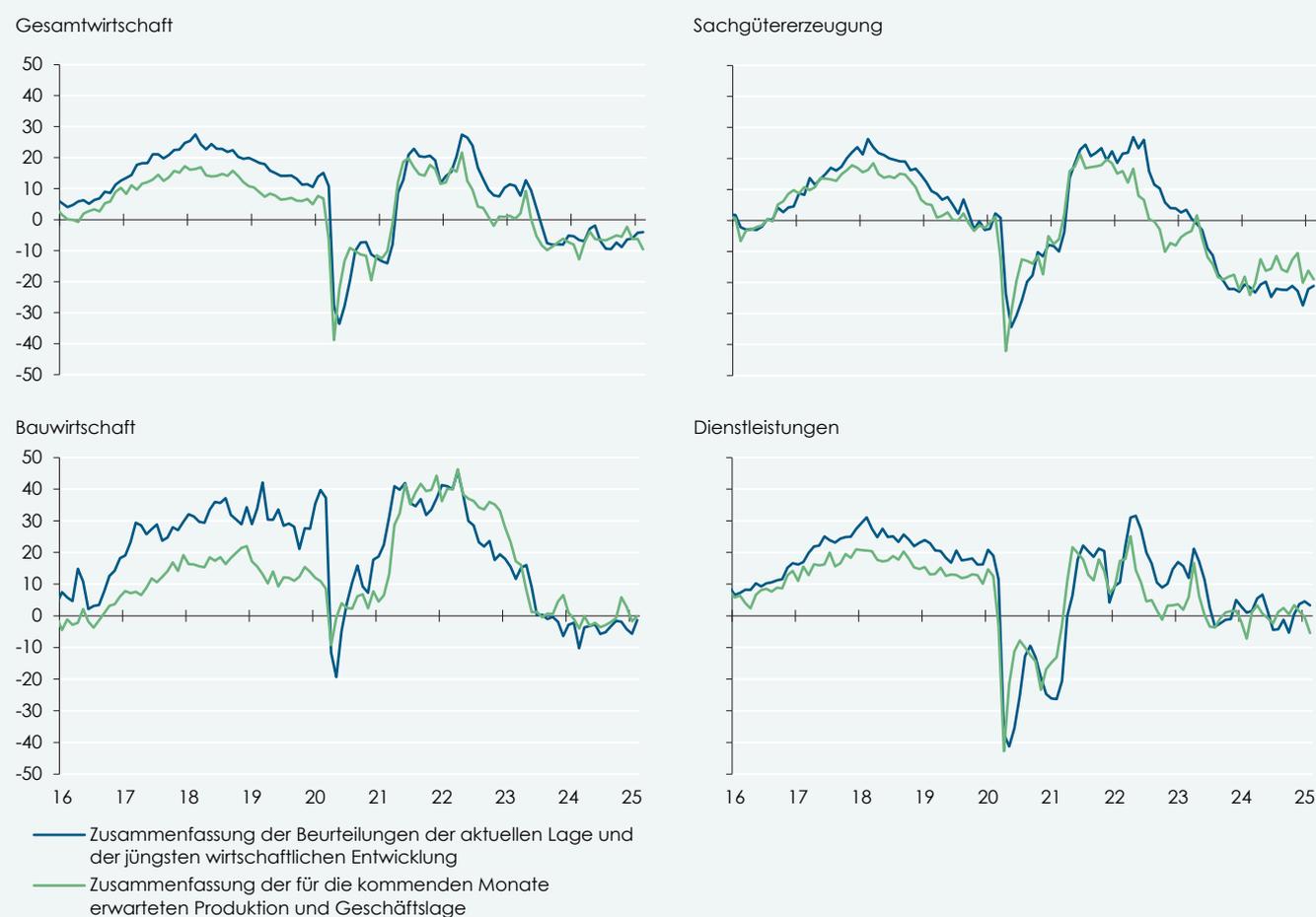
In der konjunktur reagiblen Herstellung von Waren sank die Wertschöpfung im IV. Quartal 2024 bereits das achte Mal in Folge; es war dies der kräftigste Rückgang seit Beginn der Industrierezession zu Jahresbeginn 2023. Auch der Industrieproduktionsindex, der ebenfalls bereits seit Anfang 2023 zurückgeht, brach im Dezember 2024 ein.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigten auch im Februar 2025 noch keine Trendwende an. Die Einschätzungen der Industrieunternehmen zur aktuellen Lage verbesserten sich zwar leicht, hatten sich jedoch Ende 2024 deutlich eingetrübt. Der Teilindex der unternehmerischen Erwartungen ist zwar bereits seit rund einem Jahr stabil, notiert allerdings weit im negativen Bereich. Dies lässt für die kommenden Monate weitere Produktionsrückgänge erwarten.

Innerhalb der Industrie dürften laut WIFO-Konjunkturtest nach wie vor Hersteller von Investitionsgütern und Vorprodukten am stärksten unter der Konjunkturschwäche leiden. Die Erwartungen der Produzenten von Vorprodukten gaben angesichts der Neuausrichtung der Zollpolitik der USA auch im Februar weiter nach.

Angesichts der skeptischen Einschätzungen der Industrieunternehmen zur aktuellen Geschäftslage dürfte die heimische Industrieproduktion auch im I. Quartal 2025 schrumpfen.

Abbildung 3: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

¹⁾ Diese umfassen Nutztiere und Nutzpflanzen, Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken sowie Urheberrechte und Ähnliches.

2.2 Bauwirtschaft dürfte Abwärtstrend durchbrechen

Neben der Industrie musste auch die Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren erhebliche Einbußen hinnehmen. Laut Statistik Austria sanken die Bauinvestitionen im Jahr 2022 um 1,3%, 2023 um 9,3% und 2024 voraussichtlich um weitere 5,4%. Vor diesem Hintergrund nahm im Bauwesen auch die Zahl der Insolvenzen beträchtlich zu.

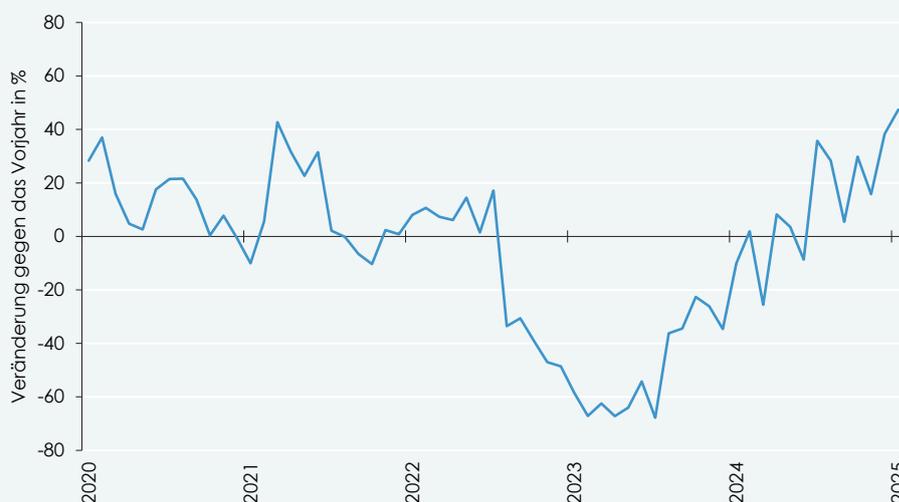
Vor allem die Nachfrage nach Wohnbauten brach in den letzten beiden Jahren ein. Dazu trugen die lebhaftere Bautätigkeit in den vorangegangenen Jahren, deutlich gestiegene Baupreise, ein kräftiger Anstieg der

Kreditzinsen und eine Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien bei. 2023 sanken die Wohnbauinvestitionen real um fast 12%, 2024 um weitere gut 7%.

Die schwache Baukonjunktur war auch im IV. Quartal 2024 noch spürbar, jedoch dürfte der Abwärtstrend allmählich durchbrochen werden. Die Bauwertschöpfung reduzierte sich im Schlussquartal 2024 um real 0,3% gegenüber der Vorperiode und schrumpfte damit nur mehr halb so stark wie im Vorquartal. Im gleichen Ausmaß sanken zum Jahresende auch die Bauinvestitionen. Auch hier verlangsamte sich der Rückgang im Vergleich zum Vorquartal.

Die Baukonjunktur zeigt zaghafte **Besserungstendenzen**.

Abbildung 4: **Wohnbauneukreditvergaben in Euro an private Haushalte**



Q: OeNB.

Verbesserungen im Umfeld begünstigen einen zaghafte Aufschwung der Bauwirtschaft. So sind etwa die Zinssätze für Hypothekarkredite deutlich zurückgegangen. Ebenso hat der Preisdruck bei den Baukosten nachgelassen. Die Kreditvergaberichtlinien werden ab Mitte 2025 gelockert, da die Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-Verordnung) nicht verlängert wird. Auch das 2024 in Kraft gesetzte Wohn- und Baupaket sollte im laufenden Jahr seine Wirkung entfalten. Anzeichen für eine Verbesserung der Baukonjunktur sind die gestiegene Nachfrage nach Hypothekarkrediten (Abbildung 2) und der Anstieg der Wohnbaubewilligungen, welcher der Bauwirtschaft bereits ab der zweiten Jahreshälfte 2025 wieder etwas Schub verleihen sollte.

2.3 Verhaltene Belegung der Konsumnachfrage

In früheren Krisen hatte ein relativ robuster privater Konsum die geringe Exportnachfrage ausgeglichen und damit die Konjunktur

gestützt. In den vergangenen Jahren erwies sich die private Konsumnachfrage jedoch nicht als Stütze. 2023 schrumpfte sie trotz Bevölkerungswachstums in realer Rechnung, 2024 stagnierte sie.

Unterjährig folgte 2024 auf eine Stagnation der Konsumnachfrage im III. Quartal ein leichter Anstieg um 0,3% gegenüber der Vorperiode. Die allmähliche Belebung des Konsums im 2. Halbjahr 2024 spiegelt sich auch in den realen Einzelhandelsumsätzen, die sich laut Statistik Austria im Jahresverlauf 2024 schrittweise erholten (Abbildung 3). Die wiederaufkeimende Dynamik im Handel sollte auch die weitere Entwicklung des Konsums positiv beeinflussen.

Die Zahl der Pkw-Neuzulassungen erhöht sich ebenso seit ein paar Monaten wieder kräftig. Nach +17,3% im Dezember 2024 stieg sie zu Jahresbeginn 2025 um 16,5%. Der Zuwachs ging vor allem auf privat zugelassene Kraftwagen zurück.

Die Konsumlaune der privaten Haushalte ist nach wie vor sehr **gedämpft**. Der **Wiederanstieg der Inflation und der Arbeitslosigkeit belastet zusammen mit Meldungen über Firmenpleiten die Ausgabenbereitschaft**.

Ob der private Konsum weiter an Schwung gewinnen wird, ist allerdings fraglich, da das Verbrauchervertrauen in den vergangenen Monaten wieder abgenommen hat. Neben der großen Zahl an Unternehmensinsolvenzen dürfte auch die gestiegene Arbeitslosigkeit

die Konsument:innen verunsichern. Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz dämpft ebenso wie der erneute Anstieg der Inflation und die erhöhte geopolitische Unsicherheit die Ausgabenbereitschaft.

Abbildung 5: Einzelhandelsumsätze, real



Q: Statistik Austria, WIFO. Saison- und arbeitstagbereinigt (Trend). Ohne Handel mit Kfz.

2.4 Tourismus weiter auf Erfolgskurs

Nachdem Österreichs Tourismus in der Sommersaison 2024 einen historischen Höchststand an Ankünften und Nächtigungen verzeichnet hatte, verlief auch die erste Hälfte der Wintersaison 2024/25 vielversprechend. Laut Statistik Austria war die Zahl der Nächtigungen von November 2024 bis Jänner 2025 um 6,4% höher als im Vorjahreszeitraum. Damit ist auch in der laufenden Saison ein neuer Höchstwert in Griffweite.

In der ersten Hälfte der Wintersaison sorgten vor allem Gäste aus dem Ausland (+7,1%) für das gute Ergebnis, jedoch erhöhte sich auch die Zahl der Nächtigungen österreichischer Gäste kräftig (+4,1%). Die Krise der deutschen Wirtschaft schlug sich bislang nicht in der Reisefreudigkeit deutscher Gäste nieder. Im Gegenteil verzeichnete diese Gruppe in der laufenden Wintersaison einen kräftigen Nächtigungszuwachs (+6,1%). Für zwei andere wichtige Herkunftsmärkte fielen die Anstiege noch höher aus (Niederlande +9,0%, Vereinigtes Königreich +7,2%).

Allerdings konnte die reale Wertschöpfung der Beherbergung und Gastronomie 2024 nicht mit der erfreulichen Nächtigungsentwicklung Schritt halten. Erstere schrumpfte zwischen dem III. Quartal 2023 und III. Quartal 2024 beträchtlich und konnte erst im IV. Quartal 2024 wieder zulegen.

2.5 Inflation beschleunigt sich wieder

Nachdem die Inflationsrate im IV. Quartal 2024 auf unter 2% gesunken war, legte sie zu Jahresbeginn 2025 erneut kräftig auf 3,2% zu. Damit wurde der seit Frühjahr 2023 beobachtete Abwärtstrend unterbrochen. Im Februar erhöhte sie sich nach vorläufigen Schätzungen leicht auf 3,3%.

Hauptpreistreiber waren sowohl im Jänner als auch im Februar 2025 Dienstleistungen, die sich im Jahresabstand um 4,6% bzw. 4,5% verteuerten. Laut Statistik Austria stiegen auch die Preise für Haushaltsenergie erheblich gegenüber dem Vorjahr, u. a. infolge des Auslaufens der Strompreisbremse. Zudem wirkten der Anstieg der Netzentgelte und die automatische Anhebung der CO₂-Steuer mit Jahresbeginn 2025 preistreibend, während die dämpfenden Effekte der Treibstoffpreise und des schwächelnden Euro entfallen sind.

Die europaweit harmonisierte Inflationsrate (HVPI) für Österreich schnellte zu Jahresbeginn ebenso empor und lag sowohl im Jänner (3,4%) als auch im Februar mit (vorläufig) 3,5% wieder deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes von 2,4% (Februar). Österreich zählte erneut zu jenen Euro-Ländern mit den höchsten Preissteigerungen.

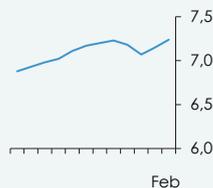
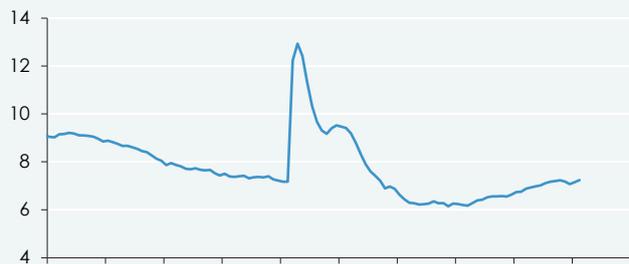
Auch im Februar 2025 lag die Inflationsrate bei über 3%.

Abbildung 6: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

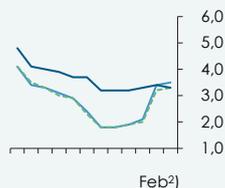
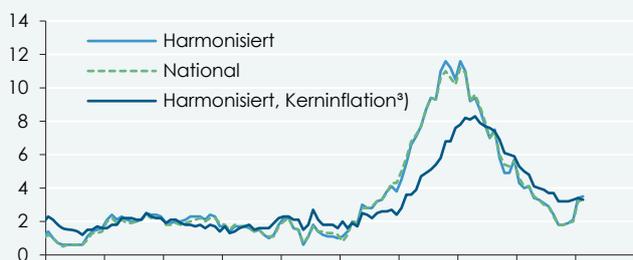
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



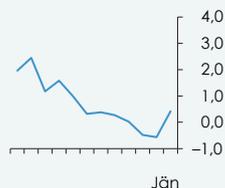
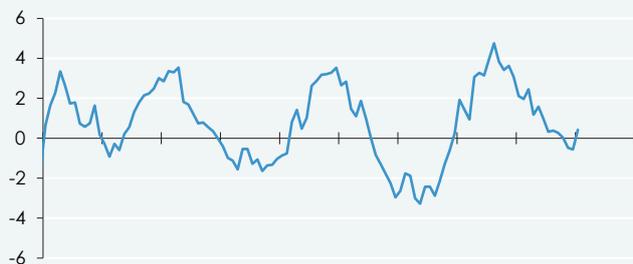
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



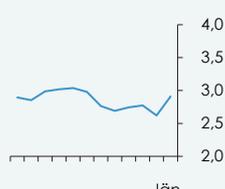
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Die bereits zwei Jahre andauernde Rezession hinterlässt ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt.

2.6 Arbeitslosigkeit legt weiterhin zu

Die Rezession spiegelt sich bisher nur mäßig auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Nach vorläufigen Berechnungen stieg die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Februar um gut 4.000 (+0,1%) gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt), nachdem sie im Jänner bedingt durch Sondereffekte um fast 9.000 (–0,2%) gesunken war. Im Vorjahrsvergleich betrug der Anstieg im Jänner 11.600 und im Februar nach Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft 10.000 (jeweils +0,3%).

Gleichzeitig stieg die Zahl der beim AMS als arbeitslos oder in Schulung vorgemerkten Personen weiter deutlich an. Nach +24.300

im Jänner (+5,8% gegenüber dem Vorjahr) erhöhte sie sich im Februar abermals um 27.600 (+6,9%) auf knapp 430.000. Auch im Vormonatsvergleich nahm die erweiterte Arbeitslosigkeit zu (+4.900 Personen). Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung lag im Februar voraussichtlich bei 8,1% (unbereinigt), nach 8,6% im Jänner. Die um Saisoneinflüsse bereinigte Quote stieg im Februar leicht von 7,1% auf 7,2%.

Die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen verringerte sich im Februar 2025 weiter (–10.100 bzw. –11,1% gegenüber dem Vorjahr, nach –10.700 im Jänner). Auch im Vormonatsvergleich nahm die Nachfrage nach Arbeitskräften ab (–900 Stellen).

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

4/2024 WIFO-Lebenssituationsindex. Aktualisierung für das Jahr 2023

Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell

Der WIFO-Lebenssituationsindex gibt Einblick in die materiellen Lebensumstände der Bevölkerung und lässt damit Rückschlüsse auf die Lebenssituation in jeder der 2.115 Wohngemeinden (Gebietsstand 2023) in Österreich zu. Faktoren, die auf die Lebensumstände einwirken wie Einkommen, Erwerbsintensität, Alter und Qualifikation werden in einer Indexzahl zusammengefasst. Der Lebenssituationsindex liefert Hinweise auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen bzw. dicht und dünn besiedelten Gebieten sowie innerhalb der ländlichen Regionen, wie der Blick auf die peripheren ländlichen Regionen auf der einen Seite und die zentralen ländlichen Räume im Umland von Zentren auf der anderen Seite zeigt. Mit der Aktualisierung für das Jahr 2023 wird die Situation vor und nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 abgebildet. Dieser Index wurde vom WIFO im Rahmen der Evaluierung des Programms der Ländlichen Entwicklung 2014 bis 2020 (LE 14-20) für die Jahre ab 2010 entwickelt und 2019 erstmals vorgestellt. Seither werden die Daten regelmäßig aktualisiert.

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57348607>

Frühere Ausgaben

3/2025 Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2023

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57411930>

2/2025 The European Commission Competitiveness Compass – a Roadmap for Europe

Gabriel Felbermayr, Atanas Pekanov

März 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56869099>

1/2025 Handelskonflikte, die Schwäche in Europa und strukturelle Nachteile bremsen das Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Jänner 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56689589>

15/2024 Winners-take-More: Firm-level Evidence on the State of Competition in Austria

Michael Peneder, Fabian Unterlass

Dezember 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53502116>

14/2024 A Rapid Assessment of the Economic Impact of the Central European Flood 2024 on Austria

Klaus Friesenbichler, Leonardo Ialongo, Peter Klimek, Anna Renhart, Franz Sinabell

Oktober 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54462430>

13/2024 Großforschungsinfrastruktur für Innovation nutzen

Jürgen Janger

September 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53814635>

12/2024 Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2024. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose und Nowcasts

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

August 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53466016>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

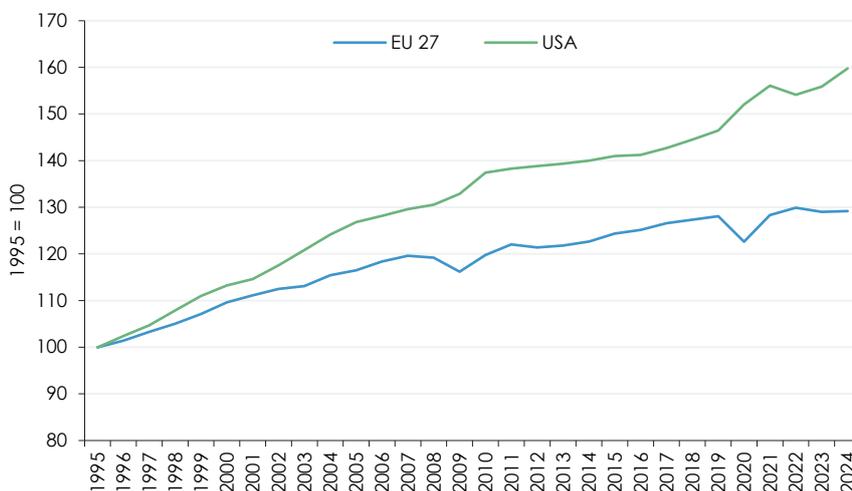
Europäische Wirtschaftspolitik 2024

Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs

Atanas Pekanov

- Das Jahr 2024 war sowohl in der EU als auch im Euro-Raum von schwachem Wirtschaftswachstum geprägt. Die Arbeitslosigkeit erreichte dennoch einen neuen Tiefstand.
- Die Inflation näherte sich dem Zielwert von 2% an.
- Die Europäische Zentralbank lockerte ab Mitte 2024 ihre Geldpolitik und senkte schrittweise die Leitzinssätze.
- Die fiskalpolitische Ausrichtung blieb in den meisten EU-Ländern expansiv, ihre Haushaltsdefizite verringerten sich kaum.
- Die neue Europäische Kommission stellte ihren "Kompass für Wettbewerbsfähigkeit" vor. Mit diesem "Rettungsplan" will sie in den kommenden Jahren das Wirtschaftswachstum in der EU beleben und die Innovations- und Produktivitätslücke gegenüber den USA schließen.

Reales Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten



"Mit ihrem "Kompass für Wettbewerbsfähigkeit" will die Europäische Kommission die Wachstums-, Innovations- und Produktivitätslücke gegenüber den USA schließen."

2024 war die Lücke in der Produktivitäts- und BIP-Entwicklung, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen der EU und den USA aufgetan hat, ein Hauptthema der wirtschaftspolitischen Debatte in der EU (Q: Europäische Kommission, AMECO).

Europäische Wirtschaftspolitik 2024

Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs

Atanas Pekanov

Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs

Das Jahr 2024 war sowohl in der EU als auch im Euro-Raum von schwachem Wirtschaftswachstum geprägt. Die Arbeitslosigkeit erreichte dennoch einen neuen Tiefstand. Die Inflation im Euro-Raum näherte sich dem Zielwert der Europäischen Zentralbank an. Diese lockerte 2024 schrittweise ihre Geldpolitik und senkte ab der Jahresmitte die Leitzinssätze. Ausgehend von der Konjunkturschwäche sowie der Produktivitätslücke gegenüber den USA und angestoßen durch die Letta- und Draghi-Berichte war die Diskussion der EU-Wirtschaftspolitik auf langfristige strukturelle Probleme gerichtet. Die Europäische Kommission stellte Anfang 2025 einen Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit der EU vor. Ein Ziel der neuen Kommission wird die Entbürokratisierung und die Vereinfachung des EU-Regelwerks sein.

JEL-Codes: E60, F01, G01, H12 • **Keywords:** Fiskalpolitik, Geldpolitik, Aufbau- und Resilienzfähigkeit, Stabilitäts- und Wachstumspakt

Begutachtung: Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 3. 2025

Kontakt: Atanas Pekanov (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

European Economic Policy 2024. Between External Shocks, Structural Problems and the Need for a Productivity Boost

The year 2024 was characterised by weak economic growth in both the EU and the euro area. Unemployment nevertheless reached a new low. Inflation in the euro area approached the European Central Bank's inflation target. The latter gradually eased its monetary policy in 2024 and lowered its key interest rates from the middle of the year. Based on the economic weakness and the productivity gap compared to the USA and prompted by the Letta and Draghi reports, the discussion of EU economic policy focused on long-term structural problems. At the beginning of 2025, the European Commission presented a compass for the EU's competitiveness. One aim of the new Commission will be to reduce bureaucracy and simplify EU regulations.

1. Konjunktur schwach, Inflation weiter rückläufig

2024 wuchs die Wirtschaft sowohl in der EU als auch im Euro-Raum nur mäßig – bei großen Differenzen zwischen den Mitgliedsländern.

Im Jahr 2024 verzeichneten die Europäische Union und der Euro-Raum ein zaghaftes BIP-Wachstum von 1% bzw. 0,9%. Es blieb schwächer als zu Jahresbeginn erwartet. Im IV. Quartal 2024 stagnierte das Wachstum sowohl in der EU als auch im Euro-Raum. Südeuropäische Länder wie Spanien (+3,2%) erzielten 2024 hohe BIP-Zuwächse im Jahresvergleich, während Deutschland und Österreich zurückblieben. Deutschlands Wirtschaft schrumpfte 2024 das zweite Jahr in Folge (-0,2% nach -0,3% 2023). Die ungleiche Wirtschaftsentwicklung förderte die Konvergenz innerhalb der EU, spiegelt aber auch Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und der Abhängigkeit von der Exportnachfrage wider. Geopolitische Spannungen wie der Krieg in der Ukraine und Unruhen im Nahen Osten schürten die Unsicherheit und erhöhten die Risiken.

Die Konjunkturflaute im Jahr 2024 war vor allem durch eine sehr schwache Industrieproduktion geprägt. Im Euro-Raum war sie um 3,0% und in der EU um 2,3% geringer als im Vorjahr. Im Dezember 2024 betrug der Rückstand zum Vorjahresmonat im Euro-Raum 2,0% und in der EU noch 1,7%. Die kräftigsten Rückgänge im Jahresdurchschnitt verzeichneten Österreich (-9,5%), Italien (-7,1%) und Ungarn (-6,4%), die höchsten Zuwächse Malta (+14,4%), Irland (+10,1%) und Litauen (+7,6%)¹⁾.

2025 könnte für die EU ein weiteres Jahr schwachen Wirtschaftswachstums werden, falls sich die Auswirkungen der enormen geopolitischen Unsicherheit nicht verringern, die im Vergleich zur Konkurrenz erhöhten Energiekosten weiter steigen oder sich ein Handelskrieg negativ auf die Konjunktur

¹⁾ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/w/4-13022025-ap>.

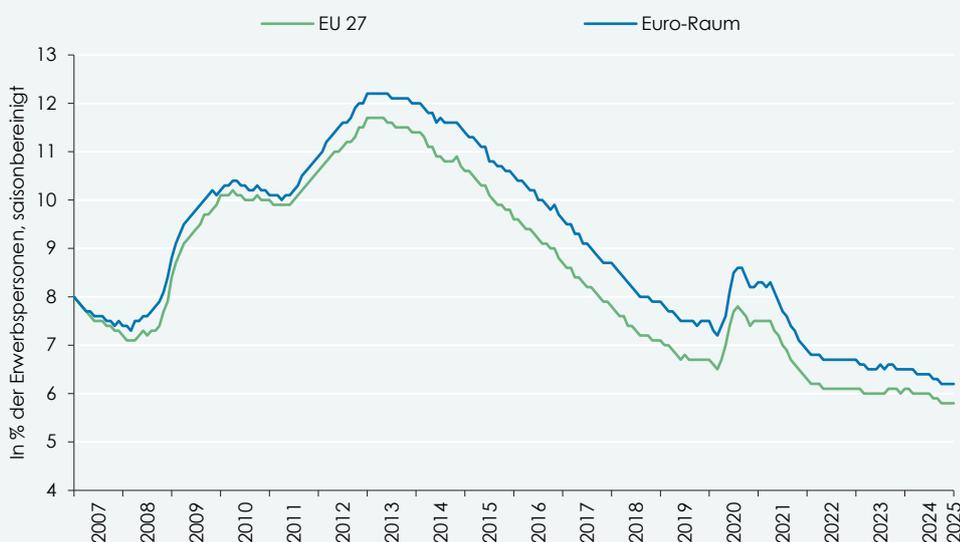
auszuwirken beginnt. Da die Leitzinssenkungen des Jahres 2024 noch nicht vollständig auf die Konjunktur durchgeschlagen haben, könnten sie die Kreditvergabe und die Investitionen noch etwas stützen. Weitere Zinssatzsenkungen sind aber aufgrund der anhaltenden Inflation und der Aufwärtsrevisionen des neutralen Zinssatzes weniger wahrscheinlich geworden.

Der Arbeitsmarkt der EU erwies sich 2024 als bemerkenswert robust. Das Beschäftigungswachstum verlangsamte sich zwar, blieb

aber positiv. Diese Robustheit stützte trotz der allgemeinen schlechten Konjunkturstimmung den Konsum. In der EU lag die Arbeitslosenquote im Jänner 2024 bei 6,1%, blieb den Großteil des Jahres über stabil und ging bis Dezember 2024 leicht auf 5,8% zurück (Euro-Raum: Jänner 6,5%, Dezember 6,2%). Trotz der Konjunkturschwäche und der kräftigen Straffung der Geldpolitik im Vorjahr, die einzelne Sektoren wie z. B. das Bauwesen nach wie vor belastete, lag die Arbeitslosigkeit damit weiterhin auf dem niedrigsten Niveau seit der Euro-Einführung (Abbildung 1).

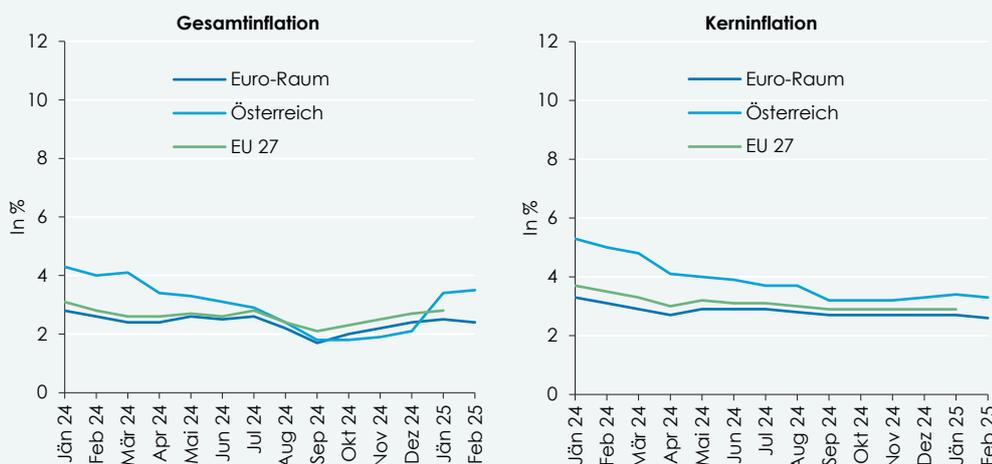
Die Arbeitslosenquote im Euro-Raum liegt weiterhin auf einem historischen Tief.

Abbildung 1: **Arbeitslosenquote in der EU 27 und im Euro-Raum**



Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 2: **Inflation bzw. Kerninflation im internationalen Vergleich**



Q: Eurostat, Macrobond.

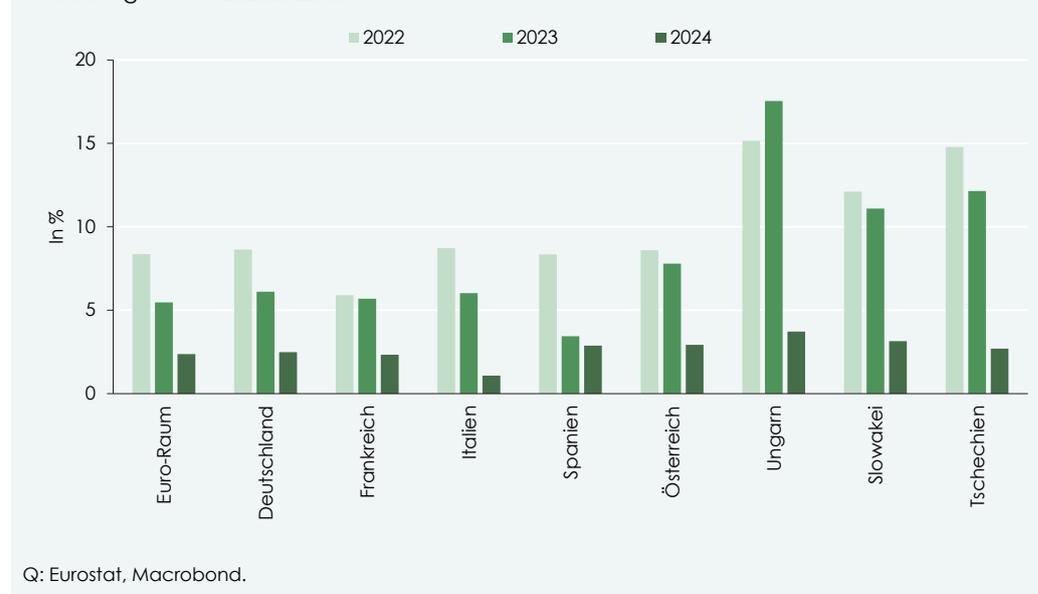
Die Inflation näherte sich gegen Ende 2024 dem Zielwert von 2%, die Kerninflationsrate blieb jedoch relativ hoch.

Die Inflation in der EU auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) sank 2024 deutlich von 6,4% im Vorjahr auf etwa 2,6% (Euro-Raum: 5,5% auf 2,4%; Abbildung 2). Der Rückgang war vor allem durch die Verbilligung von Energie bedingt und stärkte die Kaufkraft der privaten Haushalte. Abbildung 3 zeigt die deutliche Verlangsamung der Inflation in Österreich, ausgewählten EU-Ländern sowie dem Euro-Raum nach dem Energiepreisschock 2022. Die Kerninflation lag in der EU im Jänner 2024 noch bei 3,7%, im Euro-Raum bei 3,3%. Bis Dezember 2024 sank sie zwar auf 2,9% bzw. 2,7%, blieb jedoch merklich über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2%.

In Österreich erhöhte sich die Inflationsrate im Jänner 2025 wegen des Auslaufens fiskalischer Maßnahmen zur Dämpfung der Energiepreise kräftig auf 3,4% (Dezember 2024: 2,1%). Die Auswirkungen des Energiepreisschocks, die 2022 und 2023 ein Haupttreiber der Inflationsentwicklung gewesen waren, nahmen jedoch 2024 allmählich ab. Nachfrageseitig wirkte die geldpolitische Straffung im Vorjahr weiterhin inflationsdämpfend; zu einer Lohn-Preis-Spirale kam es nicht.

Die weitere Entwicklung der Inflation im Euro-Raum, der EU und den USA hängt derzeit vor allem davon ab, ob es zu einem Handelskrieg über Zölle kommen wird.

Abbildung 3: Gesamtinflation



2. Geldpolitik gelockert

Die EZB senkte 2024 mehrmals die Leitzinssätze. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems reduzierte sich weiterhin deutlich.

Die EZB lockerte 2024 schrittweise ihre Geldpolitik, indem sie ab Mitte des Jahres die Leitzinssätze senkte. Insgesamt folgten bis Anfang 2025 fünf Senkungsschritte zu je 25 Basispunkten, wodurch der Einlagenzinsatz ein Niveau von 2,75% erreichte, nachdem er Mitte 2024 noch bei 4% gelegen war. Ziel der EZB war es, das Wirtschaftswachstum zu beleben, da die Inflation sich dem 2%-Ziel annäherte. Die bislang letzte Zinssatzreduktion fand am 6. März 2025 statt, wobei für das laufende Jahr lange Zeit weitere Senkungen erwartet wurden. Gemäß der rezenten EZB-Kommunikation sind die Zinssätze jedoch schon "spürbar weniger restriktiv", weshalb im Jahr 2025 weniger Senkungsschritte gesetzt werden dürften als ursprünglich angenommen.

Mit der Senkung vom März 2025 erreichte der Hauptrefinanzierungssatz 2,65%, der Einlagenzinsatz 2,5% und der Spitzenrefinanzierungssatz 2,90% (Abbildung 4). Die Federal Reserve Bank beließ die Leitzinsen Anfang

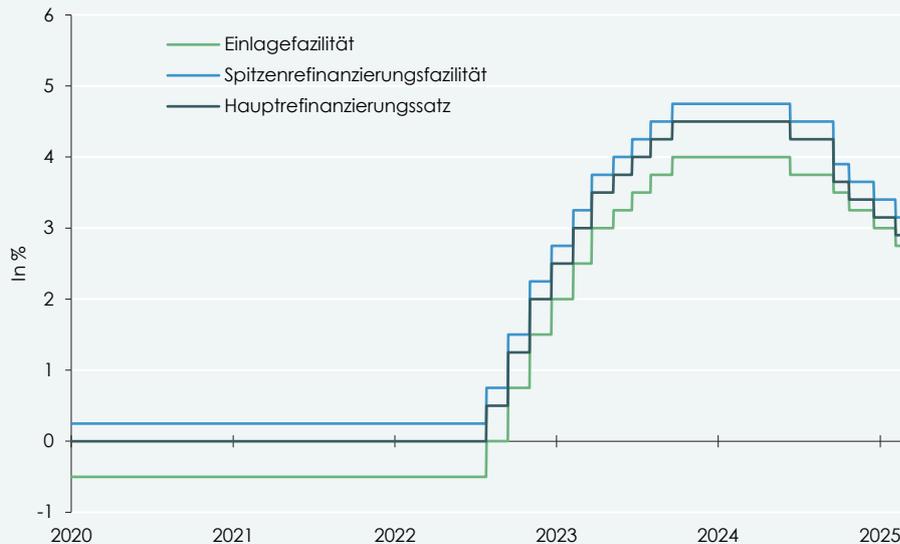
2025 unverändert. Diese Divergenz in der Zinspolitik der Zentralbanken, die in der Vergangenheit oft ähnlich ausgefallen war, ist mit der relativen Schwäche der europäischen Konjunktur gegenüber der Wirtschaft der USA im Jahr 2024 und Anfang 2025 zu erklären.

Die konsolidierte Bilanz der EZB und der nationalen Zentralbanken reduzierte sich 2024 mit der weiteren Implementierung des "Quantitative Tightening" erneut deutlich (Abbildung 5). Die Bilanzsumme der EZB sank um 8,3% im Vergleich zum Endwert des Vorjahres. Im Jänner 2025 erhöhte sie sich wieder leicht und lag Ende der Kalenderwoche 5 bei 6,394 Bio. € (-6,9% im Vergleich zum Vorjahr). Die Politik der Bilanzreduzierung wurde durch das Auslaufen der Wertpapierankaufprogramme – des Asset Purchase Programme (APP) und mit Ende 2024 auch des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) getrieben. Tilgungs-

zahlungen aus auslaufenden, im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapieren waren in der ersten Jahreshälfte 2024 noch vollständig reinvestiert worden, im 2. Halbjahr 2024 wurde das PEPP-Portfolio dann um durchschnittlich 7,5 Mrd. € pro Monat verkleinert. Ab Jahresende 2024 wurden die Reinvestitionen im PEPP-Portfolio eingestellt. Im Euro-

Raum lag das Wachstum der Geldmenge M3 im Dezember 2024 bei 3,4% gegenüber dem Vorjahr. 2023 war die Geldmenge noch zeitweise und erstmals seit 2010 geschrumpft – eine Folge der Straffung der Geldpolitik. Im Jahresdurchschnitt 2024 wuchs M3 dagegen um 2,1%.

Abbildung 4: **Leitzinssätze der EZB**



Q: EZB, Macrobond.

Die vorerst noch straffe Geldpolitik sorgte im 1. Halbjahr 2024 weiterhin für schwierige Finanzierungsbedingungen (gemäß EZB-Kreditumfrage²⁾). Im Oktober 2024 wurde zum ersten Mal seit zwei Jahren keine weitere Verschärfung der Kreditbedingungen dokumentiert. Im IV. Quartal 2024 wurden sie laut dem aktuellen Bank Lending Survey für Unternehmen unerwartet verschärft, für private Haushalte aber gleich belassen. Die Kreditnachfrage der Unternehmen blieb dennoch konstant, während die private Kreditnachfrage weiter zunahm. Der gewichtete Indikator der Finanzierungskosten für Neukredite an Unternehmen notierte im Dezember 2024 bei 4,4%, jener für Wohnbauneukredite bei 3,4% (Dezember 2023: 5,2% bzw. 4,0%)³⁾.

Zur Schätzung des angemessenen Niveaus der nominalen Zinssätze nutzen Ökonom:innen und führende Zentralbanken das Konzept des natürlichen Zinssatzes r^* (Boocker et al., 2023). r^* ist der reale Zinssatz, bei dem die Geldpolitik weder expansiv noch kontraktiv ist. Nach der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und der langanhaltenden

Senkung der nominalen Zinssätze auf nahe null waren die realen Zinssätze in den Industrieländern sehr niedrig und stiegen erst mit Einsetzen des Inflationsschocks im Jahr 2022 wieder an.

Der Gleichgewichtszinssatz r^* ist keine beobachtbare Variable und kann daher nur mithilfe spezifischer Modelle geschätzt werden. In strukturellen Schätzmodellen bestimmen ihn langfristige Faktoren wie demografische Entwicklungen, das Produktivitätswachstum sowie die Verfügbarkeit von Kapital und sicheren Vermögenswerten, während zyklisch sensitive Schätzungen stärker kurzfristige Entwicklungen berücksichtigen. Abbildung 6 zeigt die ausgeprägte Divergenz in den Schätzwerten für die USA. Schätzungen von r^* hatten schon vor dem Energiepreisschock unter extremer Unsicherheit gelitten, die in den letzten Jahren weiter zugenommen hat (Benigno et al., 2024). Ob r^* als Orientierung für langfristige Zinssatzentscheidung der Zentralbanken sowie die Zins-erwartungen taugt, wird daher allmählich bezweifelt.

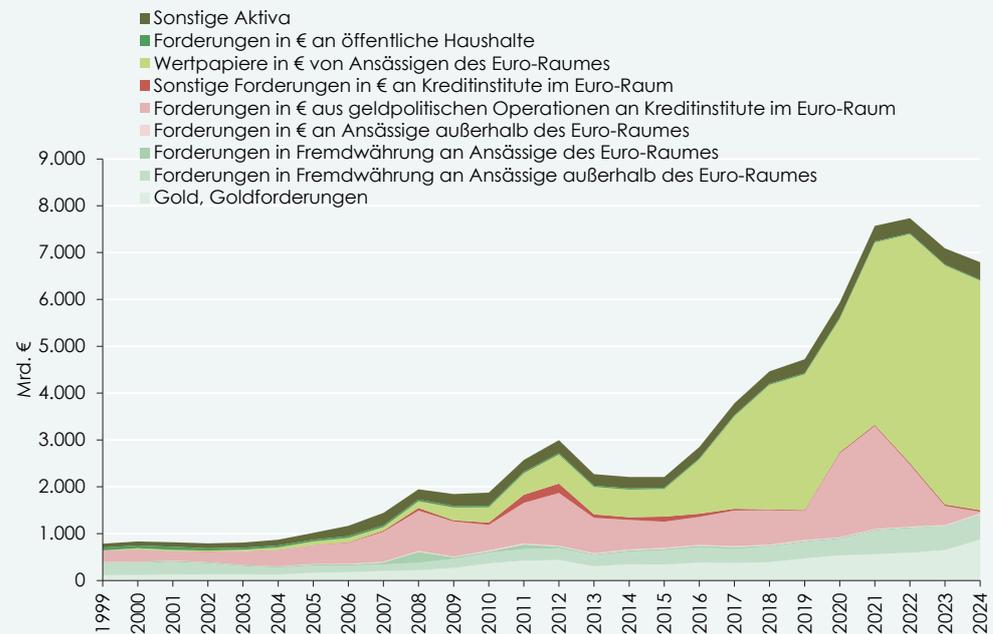
Schätzungen des Gleichgewichtszinssatzes r^* sind weiterhin mit großer Unsicherheit behaftet und eignen sich daher nur bedingt als Orientierung für die langfristige Geldpolitik.

²⁾ https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/ecb.blssurvey2024q3~f30e9a3fd6.en.html.

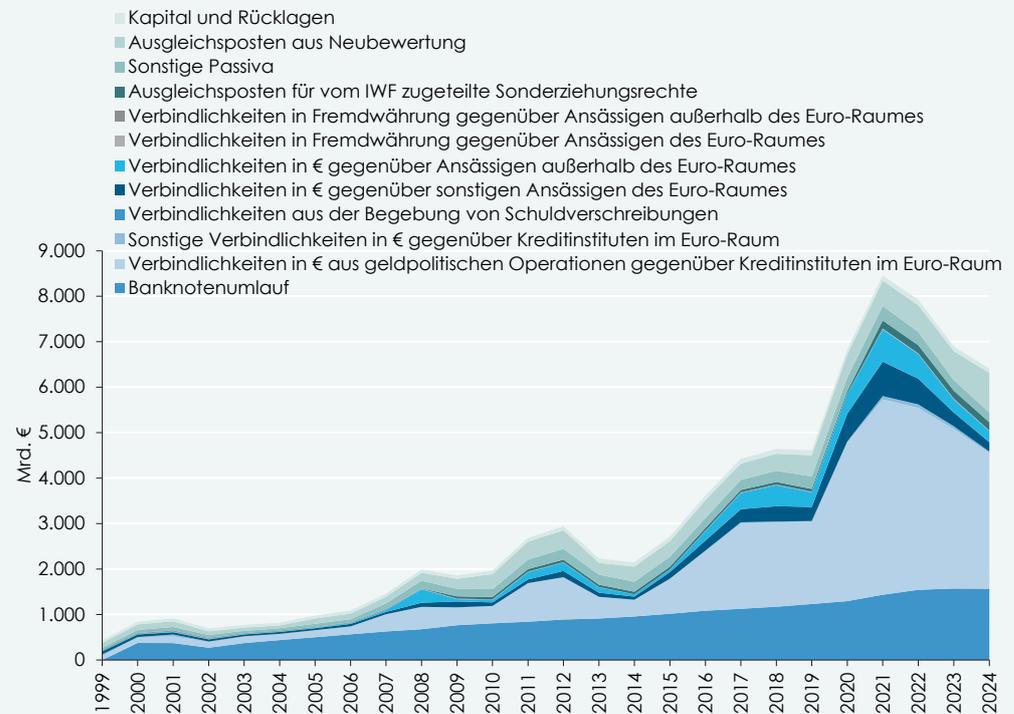
³⁾ <https://www.ecb.europa.eu/press/pdf/mfi/ecb.mir2502-a1a1bacbdc.de.pdf>.

Abbildung 5: Konsolidierte Bilanz des Eurosystems

Aktiva



Passiva



Q: EZB.

2024 erörterten Zentralbanken und Ökonom:innen weiter die Frage, ob r^* nach Abklingen des Inflationsschocks wieder auf das frühere, sehr niedrige Niveau sinken wird. Die negativen Stimmen mehren sich. Neue Faktoren trieben r^* nach der COVID-19-Pandemie sogar permanent nach oben (Schnabel, 2025). Daher dürfte die EZB die

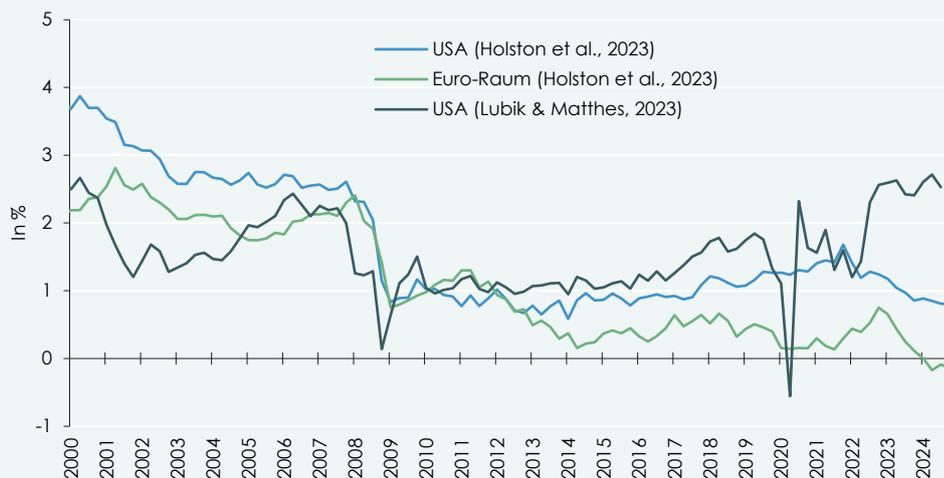
nominalen Leitzinssätze nicht mehr viel weiter senken.

Schnabel (2025) thematisiert die aktuellen Einschätzungen der EZB zum Zinssatz r^* . Laut Ökonom:innen der EZB (Brand et al., 2025) hat sich r^* im Euro-Raum in den vergangenen zwei Jahren stärker erhöht, als es die

realen Terminzinsen auf dem Markt vermuten lassen. Dieser Befund gelte unabhängig von den verwendeten Modellen und auch unter Berücksichtigung der beträchtlichen Unsicherheit bei solchen Berechnungen. Entscheidend sei weniger die genaue Höhe von r^* sondern vielmehr die Entwicklungstendenz, die sich aus den Markt- und Modell-

werten ergibt. Eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der COVID-19-Pandemie, in denen negative Realzinsen der Zentralbanken erforderlich waren, um Preisstabilität zu gewährleisten, wird als wenig wahrscheinlich erachtet. Der Inflationsmechanismus dürfte sich dauerhaft gewandelt haben.

Abbildung 6: **Natürlicher Zinssatz in den USA und im Euro-Raum**



Q: Federal Reserve Bank of New York, Methodologie nach Holston et al. (2023); Federal Reserve Bank of Richmond, Methodologie nach Lubik und Matthes (2023).

3. Fiskalpolitik bleibt locker

Gemessen am BIP waren die Haushaltsdefizite im Euro-Raum im III. Quartal 2024 etwas niedriger als in den Vorjahren (Abbildung 7), während sich die Staatsverschuldung kaum verringert hat. Der Schuldenstand war nach wie vor deutlich höher als vor der COVID-19-Pandemie. Sowohl in der EU als auch im Euro-Raum blieb er 2024 fast stabil – in der EU betrug er im III. Quartal 2023 81,5% des BIP und ein Jahr später 81,6% des BIP, im Euro-Raum sank er geringfügig von 88,4% auf 88,2% der Wirtschaftsleistung. Im letzten Quartal vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie (IV. Quartal 2019) hatten sich die Schulden in der EU 27 auf 77,4% und im Euro-Raum auf 83,6% des BIP belaufen. Somit lag die Verschuldung zuletzt um mehr als 4 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau. Wenn das derzeitige sehr langsame Tempo der fiskalischen Konsolidierung beibehalten wird, wird es demnach zwischen drei und vier Jahre dauern, wieder das Niveau von 2019 zu erreichen. Wie Abbildung 8 zeigt, waren die Schuldenstände in den Jahren 2022 und 2023 allmählich zurückgegangen, bis sie 2024 in der EU und dem Euro-Raum

stagnierten. In Österreich stieg die Staatsschuld sogar wieder an.

Die höchsten Schuldenquoten verzeichneten Ende des III. Quartals 2024 Griechenland (158,2% des BIP), Italien (136,3%), Frankreich (113,8%), Belgien (105,6%) und Spanien (104,3%), die niedrigsten Estland (24,0%), Bulgarien (24,6%) und Luxemburg (26,6%).

2023 wurde die Reform des europäischen wirtschaftspolitischen Regelwerks (Economic Governance Framework) unter den EU-Mitgliedsländern abgestimmt. Sie war das Ergebnis einer langjährigen Diskussion, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt verbessert und transparenter gemacht werden kann, nachdem die mangelnde Effizienz des Regelwerks kritisiert worden war (Bénassy-Quéré et al., 2018; Pekanov, 2019). Am 21. Dezember 2023 einigten sich die EU-Finanzminister:innen auf eine Erneuerung des Regelwerks, die am 29. April 2024 durch einen formellen Beschluss des Rates der EU bestätigt wurde⁴⁾.

Der öffentliche Schuldenstand im Euro-Raum wurde 2024 kaum verringert.

2024 kamen erstmals die neuen EU-Fiskalregeln zur Anwendung. Ende des Jahres hatten die meisten Mitgliedsländer ihre "nationalen mittelfristigen Fiskalstrukturpläne" bei der Europäischen Kommission eingereicht.

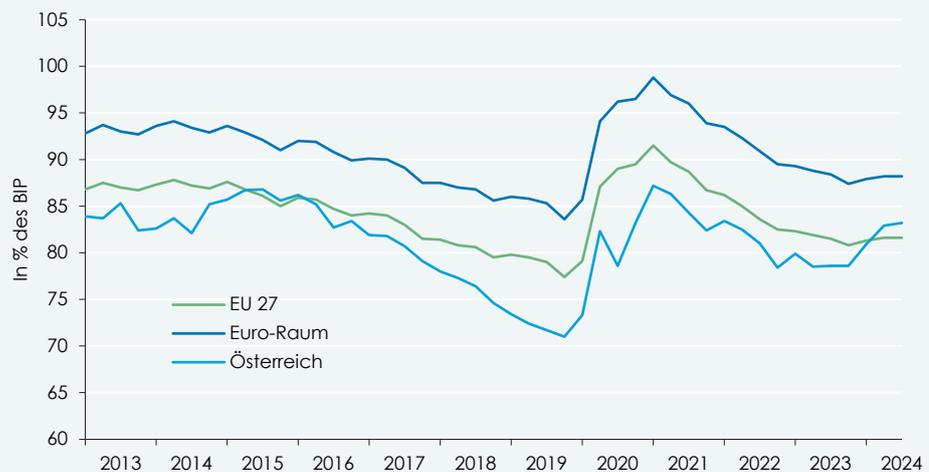
⁴⁾ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/04/29/economic-governance-review-council-adopts-reform-of-fiscal-rules/>.

Abbildung 7: Defizite im Euro-Raum



Q: Eurostat, kalender- und saisonbereinigt. Die Daten für den Euro-Raum beruhen auf nationalen Schätzungen.

Abbildung 8: Konsolidierte Staatsschuld



Q: Macrobond, Eurostat.

Gemäß den neuen Fiskalregeln müssen die EU-Mitgliedsländer der Europäischen Kommission einen Referenzpfad zum Schuldenabbau vorschlagen, wenn ihr öffentlicher Schuldenstand 60% des BIP oder das Defizit 3% des BIP überschreitet. Die Kommission muss den Abbaupfad genehmigen. Er soll sicherstellen, dass der Schuldenstand in einem gewissen Zeitraum – im Normalfall innerhalb von vier Jahren – sinkt oder mittelfristig ein sinnvolles Niveau erreicht.

Ein wichtiges neues Element des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind auch die "nationalen mittelfristigen Fiskalstrukturpläne", die eine Kombination aus Reformen, Investitionen und künftigen Budgeteckfeilern darstellen. Ende 2024 hatten

22 Mitgliedsländer solche Fiskalstrukturpläne bei der Europäischen Kommission eingereicht⁵⁾. Die fehlenden Pläne werden im laufenden Jahr nachgereicht. Verzögerungen entstanden durch politische Instabilität oder den Mangel einer permanenten Regierung wie im Falle Deutschlands, Österreichs und Bulgariens. Bulgarien reichte seinen mittelfristigen Plan nach der Formierung eines Koalitionskabinetts im Februar 2025 ein. Für Bulgarien ist dies von besonderer Bedeutung, da das Land 2026 dem Euro-Raum beitreten will. Ende Februar 2025 beantragte die bulgarische Regierung einen Konvergenzbericht der EZB und der Europäischen Kommission, um anhand des Konvergenzkriteriums die Beitrittsreife festzustellen.

⁵⁾ <https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/>

preventive-arm/national-medium-term-fiscal-structural-plans_en.

4. Europäische Programme und Debatten

Mit NextGenerationEU und seiner Hauptkomponente, der Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF), führte die EU 2020 neue Instrumente zur Krisenbekämpfung ein, um den Marktstress auf den Finanzmärkten zu reduzieren und die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen. Zudem dient NextGenerationEU zur Finanzierung öffentlicher Investitionen in Sektoren, die für die angestrebte grüne und digitale Transformation der EU-Mitgliedsländer entscheidend sind. Die RRF spielt somit aktuell eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Investitionen trotz der erforderlichen Budgetkonsolidierung in der EU.

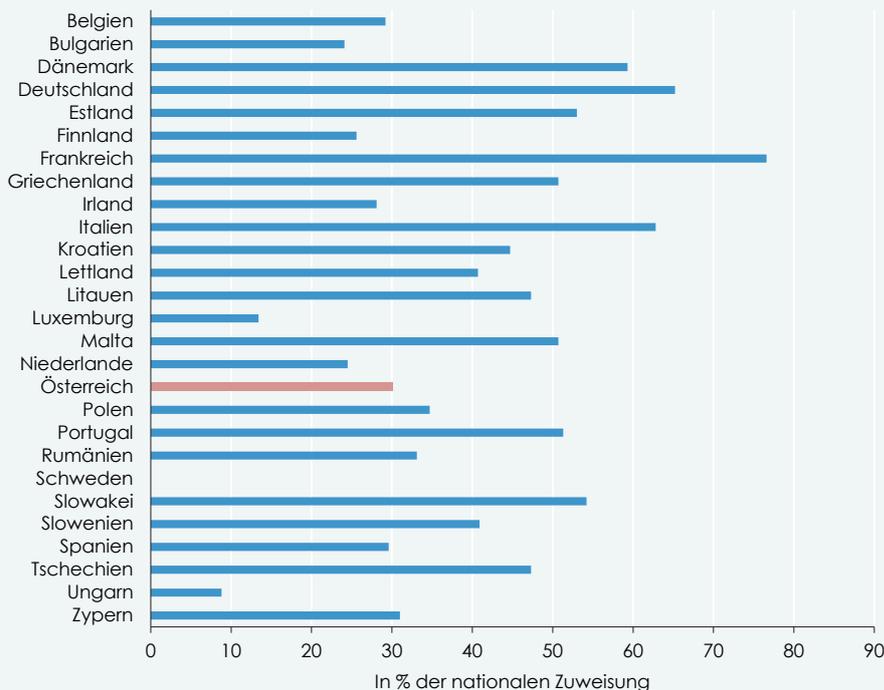
Alle Mitgliedsländer haben die Möglichkeit, nach einem vorab abgestimmten Zahlungs-

plan pro Jahr bis zu zwei Zahlungsanträge an die Europäische Kommission zu übermitteln. Die Gelder werden nach einer Überprüfung, ob die Meilensteine und Ziele des Zahlungsantrags erreicht wurden, ausgezahlt. "Meilensteine" beziehen sich in der Regel auf die Erreichung eines bestimmten qualitativen Ziels, z. B. die Umsetzung von Gesetzesreformen, die Verabschiedung neuer Gesetze oder die Konzeption nationaler Strategien sowie eines Aktionsplans für ihre Umsetzung. "Ziele" adressieren die Erreichung quantitativer Leistungsergebnisse, die durch die Investitionen und Reformen im nationalen Aufbau- und Resilienzplan (NRRP) vorangetrieben werden.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität spielte in einigen Mitgliedsländern eine anhaltend wichtige Rolle bei der Unterstützung von Investitionen. Die Auszahlung der Mittel verzögert sich jedoch weiter.

Abbildung 9: Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität ausgezahlte Zuschüsse (und Darlehen)

2021/2024



Q: Europäische Union.

Ende 2024 waren im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität 197,46 Mrd. € an Zuschüssen und 108,69 Mrd. € an Darlehen ausbezahlt⁶⁾ – wobei die RRF insgesamt 684 Mrd. € für Reformen und Projekte bereitstellt (zu Preisen von 2022), davon 357 Mrd. € für Zuschüsse und 291 Mrd. € für Darlehen⁷⁾.

⁶⁾ https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/disbursements.html?lang=en. 2021 überwies die Europäische Kommission in 25 Zahlungstranchen insgesamt 64,3 Mrd. € an die Mitgliedsländer, den Großteil davon als Vorfinanzierung. 2022 wurden in 20 Zahlungstranchen insgesamt

Abbildung 9 weist die ausgezahlten Mittel in % der nationalen Zuweisung aus. Während bedeutende Empfängerländer wie Frankreich, Spanien und Italien ebenso wie Kroatien und Griechenland, in die gemessen am BIP große Summen fließen, bereits mehr als 50% der zugewiesenen Mittel erhalten

74,3 Mrd. € ausbezahlt, 2023 in 46 Tranchen 82,1 Mrd. € und 2024 in 53 Tranchen 85,3 Mrd. €.

⁷⁾ https://commission.europa.eu/business-economy-euro/economic-recovery/recovery-and-resilience-facility_de.

Bis Ende 2024 wurden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität gut 197 Mrd. € an Zuschüssen und gut 108 Mrd. € an Darlehen ausbezahlt.

Die Diskussionen über die EU-Wirtschaftspolitik kreisten 2024 vor allem um die Frage, wie die Wachstums- und Produktivitätslücke der EU gegenüber den USA zu schließen sei.

haben (Kroatien etwa 45%), stehen viele andere Mitgliedsländer erst bei 30% oder darunter. Im Durchschnitt aller EU-Länder waren Ende 2024 etwa 39% der Mittel ausgezahlt, gewichtet nach Ländergröße waren es 47%⁸⁾. Da die RRF-Implementierung nur bis Mitte 2026 läuft, besteht für manche Länder ein erhebliches Risiko, einen Großteil der Mittel zu verlieren.

In den ersten beiden Jahren der Implementierung der RRF (2021/22) entsprachen die Auszahlungen weitgehend der Planung. 2023 und 2024 verlangsamten sich Beantragung und Auszahlung jedoch erheblich und es kam zu deutlichen Verzögerungen im Vergleich zur indikativen Planung (Corti et al., 2023). In einigen Ländern führten Regierungswechsel und daraus resultierende Neuverhandlungen von Reformvorhaben zu Verzögerungen. Zudem trug der Inflationschock im Jahr 2022 zu den Umsetzungsproblemen bei. Kapazitätsengpässe und eine höhere Belastung der Verwaltung verlangsamten auch die Implementierung einzelner Investitionsprojekte. Die Anforderungen und die Umsetzung der RRF sollten daher flexibilisiert werden, damit das Programm bis August 2026 erfolgreich umgesetzt ist.

Österreich erhielt 2021 ähnlich wie andere Länder eine Vorfinanzierung von 450 Mio. € für den ursprünglichen Aufbau- und Resilienzplan (ARP). Diese wurde im Jahr 2023 durch das RePower-EU-Kapital in Höhe von 42,1 Mio. € ergänzt. Im April 2023 wurde die erste von insgesamt sechs Auszahlungstranchen in Höhe von 700 Mio. € an Österreich überwiesen. Zusammen mit der Vorfinanzierung hat Österreich somit bisher 1.192,0 Mio. € des ARP erhalten, insgesamt sollen es nach Ergänzung durch das neue RePowerEU-Kapital 3.961,2 Mio. € sein. Im September 2024 wurden Zahlungsanträge für die zweite (922,7 Mio. €) sowie die dritte (700,2 Mio. €) Auszahlungstranche bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die erwarteten Zahlungen sind in der Kassenverwaltung (UG 51) eingeplant. Der zweite Zahlungsantrag beinhaltet 39 Meilensteine, von denen 37 im Oktober und November als erfüllt eingestuft wurden; der dritte beinhaltet 28 Meilensteine, die alle als erfüllt gelten⁹⁾.

Wird ein Meilenstein nicht erreicht oder zurückgenommen, führt dies zu einer Suspendierung oder Rückforderung der Mittel. Grundlage hierfür ist der sogenannte "Einheitswert" eines Meilensteins, der sich aus der gesamten ARP-Allokation geteilt durch die Anzahl der Meilensteine ergibt. Der Abzugs- oder Rückforderungsbetrag wird anschließend mit einem Koeffizienten multipliziert, der je nach Bedeutung des Meilensteins, für deren Bestimmung die Einschätzung der

Europäischen Kommission wesentlich ist, variiert. Es können sich somit erhebliche budgetäre Konsequenzen ergeben, falls die geplanten Reformen nicht umgesetzt werden.

Die Diskussionen über die EU-Wirtschaftspolitik kreisten 2024 vor allem um die Frage, wie die Wachstums- und Produktivitätslücke der EU gegenüber den USA zu schließen sei. Anstoß waren zwei Berichte über die wirtschaftliche Zukunft der EU von Mario Draghi und Enrico Letta (Draghi, 2024; Letta, 2024). Der Letta-Bericht betont die Notwendigkeit, die Größe der EU als Wirtschaftsraum zu nutzen: Die EU verfüge über den größten Binnenmarkt der Welt, nutze dieses Potenzial aber nur unvollständig. Größe spielt in der globalen Wirtschaft eine Rolle – nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus strategischen Gründen. Zur Erreichung von Größenvorteilen seien eine verstärkte europäische Integration, Zusammenschlüsse von Unternehmen in bestimmten Sektoren und in einigen Bereichen eine europaweite Politik erforderlich. Einen besonderen Fokus legt Letta auf Zusammenschlüsse in strategisch wichtigen Sektoren wie Finanzen, elektronische Kommunikation (Telekommunikation) und Energie. In den Bereichen Elektrofahrzeuge, Mikrochips und Mobiltelefonie prägten in den letzten Jahren der globale Wettbewerb und handelspolitische Vergeltungsmaßnahmen zwischen den USA und China die Politikentwicklung. Europäische Unternehmen spielen in diesen Bereichen – mit Ausnahme des niederländischen Unternehmens ASML – keine zentrale Rolle.

Um die neuen Herausforderungen sowie die grüne und die digitale Transformation erfolgreich zu meistern, muss die EU laut Letta (2024) zusätzliche Mittel aufwenden, um das Potenzial des Binnenmarktes zu nutzen und um private und öffentliche Ressourcen effektiver einzusetzen. Die beste Option hierfür sei, private Ressourcen so zu mobilisieren, dass sie effizient für wichtige Investitionen genutzt werden. In der EU gebe es derzeit beträchtliche private Ersparnisse, die größtenteils in Form von Einlagen und Bargeld bestünden und ungenutzt seien. Letta schlägt vor, eine Spar- und Investitionsunion zu schaffen, wodurch neue Möglichkeiten zur Veranlagung von privaten Ersparnissen geschaffen und Investitionen mit höheren Renditen attraktiviert werden sollen. Zusätzlich benötige die EU langfristig aber auch ein höheres Budget, da die Mobilisierung privater Ersparnisse allein angesichts des beträchtlichen Investitionsbedarfes nicht ausreiche. Ein höheres Budget würde die Finanzierung von Projekten mit europäischem Mehrwert, insbesondere von entscheidenden Infrastrukturprojekten, die Weiterentwicklung der Kohäsionspolitik und die

⁸⁾ <https://www.europarl.europa.eu/thinktank/infogra-pics/RRF/recovery-resilience-facility/?lang=en#data-map>.

⁹⁾ Laut der monatlichen Berichterstattung des Finanzministeriums: <https://www.bmf.gv.at/services/start-seite-budget/Monatliche-Berichterstattung/rrf.html>.

Unterstützung neuer Prioritäten, wie Sicherheit und grüne Transformation, ermöglichen.

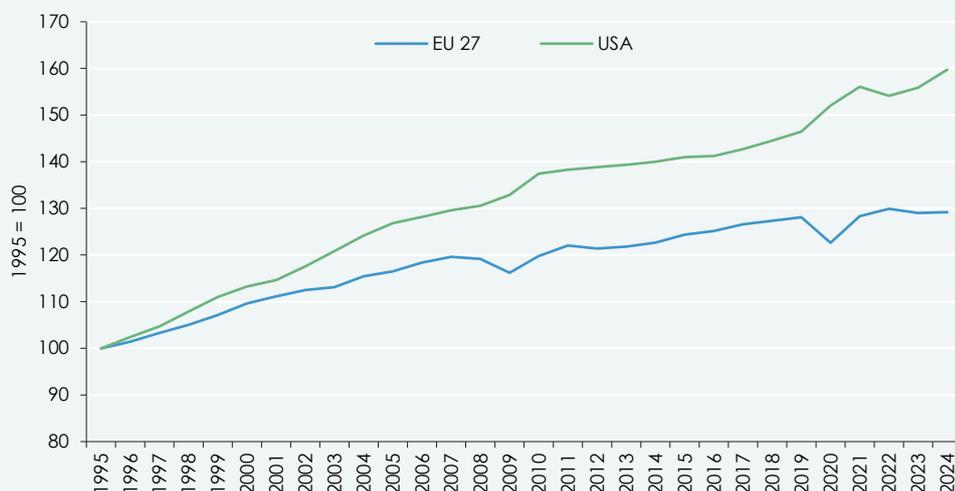
In den Bereichen Verkehr und Infrastruktur beklagt Letta (2024) eine unzureichende Koordination auf europäischer Ebene. Er kritisiert zudem die "fortschreitende Lockerung der Beihilferegeln als Reaktion auf die jüngsten Krisen", die das "level playing field" des Binnenmarktes gefährden könnte. Das Modell der "wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse" (Important Projects of Common European Interest – IPCEI) gilt Letta als erfolgreiches Beispiel für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, da es auf freiwilligen Konsortien zwischen Privatunternehmen und Regierungen basiert, die in den anerkannten IPCEI-Sektoren gemeinsame Investitionen sowie Forschung und Innovation betreiben.

Zur Förderung und Integration von Forschung, Innovation und Bildung plädiert Letta für die Einführung einer "fünften Freiheit" im Binnenmarkt. Sie soll sicherstellen, dass die EU ihr Potenzial im Bereich der

Innovation und wissensbasierten Wirtschaft an der Spitze der Forschung ausschöpft und erweitert. Erreicht werden soll dies durch die Weiterentwicklung führender industrieller Ökosysteme, die Bindung von Talenten und den Ausbau eines wettbewerbsfähigen und dynamischen Europäischen Forschungsraumes. Dafür müsse die Investitionslücke in Forschung und Innovation geschlossen werden.

Der Mitte September 2024 publizierte Draghi-Report (Draghi, 2024) gelangte zu ähnlichen wichtigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Notwendigkeiten, schnellere Entscheidungen auf EU-Ebene zu treffen, mehr öffentliches und privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren und die Entbürokratisierung voranzutreiben. Im Mittelpunkt steht der Produktivitäts- und Innovationsrückstand der EU gegenüber den USA (Abbildung 10), der zum beträchtlichen Unterschied im BIP-Wachstum in den letzten Jahrzehnten beitrug. Seit dem Jahr 2000 ist das real verfügbare Einkommen in den USA fast doppelt so stark gestiegen wie in der EU.

Abbildung 10: Reales Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten



Q: Europäische Kommission, AMECO.

Um die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen, zu digitalisieren und weiter zu dekarbonisieren sowie die Verteidigungsfähigkeit zu stärken, sei eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote erforderlich. Laut Draghi muss die Investitionsquote in der EU um etwa 5 Prozentpunkte des BIP steigen, um wieder ihr Niveau der 1960er- und 1970er-Jahre zu erreichen.

Ein weiteres strukturelles Problem sei die derzeitige Spezialisierung europäischer Unternehmen auf ausgereifte Technologien, bei denen das Potenzial für bahnbrechende Innovationen begrenzt ist. Im Jahr 2021 haben europäische Unternehmen laut Draghi 270 Mrd. € weniger in Forschung und Inno-

vation investiert als ihre Konkurrenten in den USA. In den letzten 20 Jahren seien die drei größten Investoren in Forschung und Innovation in Europa meist Automobilunternehmen gewesen. Dasselbe habe in den frühen 2000er-Jahren auch für die USA gegolten, heute seien die wichtigsten Investoren in den USA jedoch ausschließlich Technologieunternehmen. Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung sei daher als essenziell für die wirtschaftliche Zukunft der EU, um Entfaltungsmöglichkeiten für neue und innovative Unternehmen zu schaffen. Dies soll auch durch die Vollendung der Kapitalmarktunion vorangetrieben werden (Pekanov, 2024), die das Potenzial

von privaten Ersparnissen für die Finanzierung europäischer Unternehmen heben soll.

Ein Strukturproblem ist Draghi zufolge auch die zunehmende regulatorische Belastung von Unternehmen in der EU. Besonders nachteilig sei sie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für Unternehmen im digitalen Sektor, da die Regulierungskosten in diesen Bereichen unverhältnismäßig hoch seien und sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkten.

Nicht zuletzt analysiert der Draghi-Bericht die EU-Verteidigungsindustrie. Sie sei zu fragmentiert, was ihre Fähigkeit zur Massenproduktion einschränke. Zudem würde ein Mangel an Standardisierung und Interoperabilität bei Ausrüstungen die Verteidigungsfähigkeit der EU erheblich schwächen.

Zusammenfassend ist die EU laut Draghi mit strukturellen Investitionsdefiziten, einer relativen Innovationsschwäche, einer fragmentierten Verteidigungsindustrie sowie einer zunehmenden regulatorischen Belastung konfrontiert. Eine gezielte wirtschaftspolitische Strategie wird als notwendig erachtet, um diesen Herausforderungen entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der EU nachhaltig zu stärken. Seit seinem Erscheinen gilt der Draghi-Bericht als Fahrplan für die Wirtschaftspolitik der neuen Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission stellte Ende Jänner ihren Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vor – einen "Rettungsplan", mit dem sie Wirtschaftsleistung, Innovation und Produktivität in der EU beleben will.

Am 29. Jänner 2025 stellte die Europäische Kommission ihren "Kompass für Wettbewerbsfähigkeit" vor (Europäische Kommission, 2025). Er schlägt eine Reihe von regulatorischen Schritten und neuen politischen Maßnahmen vor, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Ziel ist es, die Wachstums-, Innovations- und Produktivitätslücke gegenüber der internationalen Konkurrenz, insbesondere den USA, zu schließen, wie es auch Draghi und Letta empfehlen. Die Dringlichkeit wird durch den Begriff "Rettungsplan" unterstrichen, mit dem die Kommission ihre Initiative beschreibt. Diese verspricht eine koordinierte Industriepolitik, weniger Bürokratie für Unternehmen und eine Ankurbelung von Investitionen. Der Wettbewerbskompass nennt drei Hauptgründe für die schleppende Produktivitätsdynamik und den Rückstand der EU gegenüber den USA: erstens eine Innovationslücke, insbesondere im Vergleich zum Technologie- und Digitalsektor der USA, zweitens eine starre Industriestruktur mit wenigen Start-ups und drittens geringe Ausgaben des privaten Sektors für Forschung und Innovation. Auf dem Gebiet der Innovation soll die EU durch eine Kombination aus disruptiver Innovation durch dynamische Start-ups, groß angelegter Innovation durch etablierte Unternehmen und Effizienzsteigerungen in traditionellen Industrien aufholen.

Die Kommission sieht die derzeitige Industriepolitik als zersplittert an – sowohl zwischen der EU und den Mitgliedsländern als auch durch zahlreiche unkoordinierte Ziele. Sie fordert daher eine stärkere Abstimmung sowie mehr Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten in strategisch wichtigen Sektoren. Dazu schlägt sie eine intensivere Koordinierung in Bereichen mit klarem Mehrwert für die EU-Wettbewerbsfähigkeit vor, zu denen etwa die Energieinfrastruktur (Stromnetze und Speicher), die digitale Infrastruktur, die künstliche Intelligenz und die pharmazeutische Industrie (Bereitstellung kritischer Medikamente) zählen. Der Wettbewerbskompass sieht zudem eine "erweiterte Nutzung von wichtigen Projekten von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI)" für innovative Sektoren vor. Die Finanzierung dieser Pläne soll aus dem EU-Haushalt, nationalen Mitteln und privatem Kapital erfolgen. Felbermayr und Pekanov (2024) betonten bereits die Notwendigkeit gemeinsamer Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Stromnetze, unterstützt durch einen deutlich größeren EU-Haushalt. Ein solcher wäre besonders bei grenzüberschreitenden Projekten hilfreich, die aufgrund hoher Koordinationskosten von den Regierungen oft gescheut werden. Zudem hinkt die Koordination solcher Projekte hinterher, und EU-Mittel werden – trotz einiger Ansätze im Rahmen der RRF – nur unzureichend genutzt.

Es herrscht mittlerweile breiter Konsens, dass die EU in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen tätigen muss, die sich sowohl aus öffentlichen (nationaler und EU-Haushalt) als auch aus privaten Quellen speisen werden müssen. Der Draghi-Bericht schätzt den zusätzlichen Investitionsbedarf bis 2030 auf 750 bis 800 Mrd. € jährlich (Draghi, 2024). Felbermayr und Pekanov (2024) schlagen eine Erhöhung des EU-Haushalts auf bis zu 4% des EU-BIP vor. Damit wäre er etwa viermal so hoch wie das langfristige EU-Budget vor der COVID-19-Pandemie.

Auch private Ersparnisse sollen künftig verstärkt für Investitionen genutzt werden. Dazu wird das lang diskutierte Ziel der Kapitalmarktunion wie von Letta vorgeschlagen nun als "Spar- und Investitionsunion" neu aufgelegt. Zusätzlich könnten öffentliche Mittel teilweise umgeschichtet werden – etwa von der Kohäsionspolitik, die traditionell für Infrastruktur, Gesundheit und Bildung in strukturschwachen Regionen genutzt wird, hin zu strategisch wichtigen Sektoren.

Der Wettbewerbskompass schlägt außerdem vor, den Nachfolger des Europäischen Innovationsrates (EIC) nach dem Vorbild einer ARPA-Agentur (Advanced Research Project Agency) zu gestalten, um mehr Risikobereitschaft zu fördern – ebenfalls eine

Empfehlung aus dem Draghi-Bericht. Felbermayr und Pekanov (2024) betonen weiters die Notwendigkeit, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der EU deutlich zu erhöhen und mit einem neuen Governance-Rahmen zu verbinden.

Ein Schwerpunkt des Wettbewerbskompasses sind der Bürokratieabbau und die Verein-

fachung des komplexen Regelwerks der EU. Erste Schritte in diese Richtung setzt das im Februar 2025 vorgeschlagene Omnibus-Paket", das Verwaltungsprozesse beschleunigen, die Berichtspflichten für Unternehmen, insbesondere KMU, verringern und die Effizienz steigern soll.

5. Literaturhinweise

- Bénassy-Quéré, A., Brunnermeier, M., Enderlein, H., Farhi, E., Fuest, C., Gourinchas, P.-O., Martin, P., Pisani-Ferry, J., Rey, H., Schnabel, I., Véron, N., Weder di Mauro, B., & Zettelmeyer, J. (2018). Reconciling risk sharing with market discipline: A constructive approach to euro area reform. *CEPR Policy Insight*, (91). https://cepr.org/system/files/publication-files/103106-policy_insight_91_reconciling_risk_sharing_with_market_discipline_a_constructive_approach_to_euro_area_reform.pdf.
- Benigno, G., Hofmann, B., Nuño Barrau, G., & Sandri, D. (2024). Quo vadis, r*? The natural rate of interest after the pandemic. *BIS Quarterly Review*. https://www.bis.org/publ/qrtrpdf/r_qt2403b.htm.
- Boocker, S., Ng, M., & Wessel, D. (2023, 3. Oktober). What is the neutral rate of interest?. Brookings. <https://www.brookings.edu/articles/the-hutchins-center-explains-the-neutral-rate-of-interest/>.
- Brand, C., Lisack, N., & Mazelis, F. (2025). Natural rate estimates for the euro area: insights, uncertainties and shortcomings. *ECB Economic Bulletin*, (1). https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2025/html/ecb.ebbox202501_08~3be5a005f9.en.html.
- Corti, F., Nigohosyan, D., Pancotti, C., & Millard, S. (2023). *Study supporting the mid-term Evaluation of the Recovery and Resilience Facility. Final Report*. Europäische Union.
- Draghi, M. (2024). *Radical Change – Is What Is Needed*. Groupe d'études Géopolitiques. <https://geopolitique.eu/en/2024/04/16/radical-change-is-what-is-needed/>.
- Europäische Kommission (2025). *Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions – A Competitiveness Compass for the EU*. COM(2025) 30 final. https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en.
- Felbermayr, G., & Pekanov, A. (2024). *Pan-European Public Goods: Rationale, Financing and Governance*. EGOV Economic Governance, Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/755726/IPOL_STU\(2024\)755726_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/755726/IPOL_STU(2024)755726_EN.pdf).
- Holston, K., Laubach, T., & Williams, J. C. (2023). Measuring the Natural Rate of Interest after COVID-19. *Federal Reserve Bank of New York Staff Reports*, (1063). https://www.newyorkfed.org/medialibrary/media/research/staff_reports/sr1063.pdf.
- Letta, E. (2024). *Much More Than a Market. Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to Deliver a Sustainable Future and Prosperity for All EU Citizens*. Europäische Union. <https://www.consilium.europa.eu/media/nv3i24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>.
- Lubik, T. A., & Matthes, C. (2023). *Natural Rate of Interest*. Federal Reserve Bank of Richmond. https://www.richmondfed.org/research/national_economy/natural_rate_interest.
- Pekanov, A. (2019). *Policy Brief: Past and Present of EMU Reform. Reforming the Euro Area – The Road Not (Yet) Taken*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4142862>.
- Pekanov, A. (2024). *The Capital Markets Union – an extra feather to the EMU*. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/760256/IPOL_STU\(2024\)760256_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/760256/IPOL_STU(2024)760256_EN.pdf).
- Schnabel, I. (2025, 25. Februar). No longer convenient? Safe asset abundance and r*. Europäische Zentralbank, Keynote Speech. <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2025/html/ecb.sp250225~49a8dd911a.en.html>.

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 700/2025** **How Do Rising Care Needs Impact the Formal and Informal Care Sectors and Existing Inequalities? Comparing Austria and Spain**
Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer, Philipp Warum (WIFO)
- 699/2025** **The Intergenerational Homeownership Gap across Europe: an Empirical Exploration of Explanations**
Stefan Angel (WIFO), James Gregory (Universität Birmingham)
- 698/2025** **Challenges in Long-term Care: Modelling and Quantifying Future Care Needs, Arrangements and Gaps in Ageing, Low-fertility Societies. A Novel Comparative Approach Applied in Microsimulation Projections for Austria and Italy**
Philipp Warum (WIFO), Fabrizio Culotta (UNIMIB), Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Martin Spielauer (WIFO)
- 697/2025** **Socially Fair Decarbonization Pathways for Housing and Mobility – Insights from a Multi-model Analysis for Austria. TransFair-AT Working Paper #2**
Claudia Kettner, Julia Bock-Schappelwein, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer (WIFO), Paul Pfaffenbichler, Olivia Gold, Mathias Kirchner, Nathalie Spittler, Eva Wretschitsch (BOKU), Lukas Kranzl (TU Wien), Andreas Müller (e-think)
- 696/2025** **The Role of Vacancy Posting and Unemployed Hiring in Start-up Success**
Stefan Angel, Rainer Eppel, Elisabeth Fidrmuc, Helmut Mahringer (WIFO), Andrea Weber (CEU)
- 695/2025** **Labour Market Tightness and Firms' Vacancy Posting and Hiring Decisions**
Stefan Angel, Rainer Eppel, Elisabeth Fidrmuc, Helmut Mahringer (WIFO), Andrea Weber (CEU)
- 694/2025** **Statistical Profiling as a Targeting Tool: Can It Enhance the Efficiency of Active Labor Market Policies?**
Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl
- 693/2025** **Comparative Modeling of Long-Term Care in Hours. Parameter Estimation for microWELT**
Philipp Warum, Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Horvath (WIFO), Thomas Leoni (FH Wiener Neustadt), Peter Reschenhofer, Martin Spielauer (WIFO)
- 692/2025** **Central Banks Fuelling Inequality. A Comparative Case Study of Japan's Unconventional Monetary Policy 1999-2006**
Moritz Uhl
- 691/2024** **Targeting the Gender Placement Gap: Marks versus Money**
Pelin Akyol, Kala Krishna, Sergey Lychagin
- 690/2024** **Bayesian Modelling of VAR Precision Matrices Using Stochastic Block Networks**
Florian Huber, Gary Koop, Massimiliano Marcellino, Tobias Scheckel
- 689/2024** **Private Enforcement of Procurement Rules: The Heterogeneous Effect of the EU Remedies Directive**
Eshien Chong, Michael Klien, Stéphane Saussier
- 688/2024** **The Role of Administrative Capacity for an Effective Implementation of EU Cohesion Policy**
Julia Bachtrögler-Unger
- 687/2024** **EU-wide Carbon Pricing – Macroeconomic Effects and Distributional Implications**
Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer, Gerhard Streicher

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

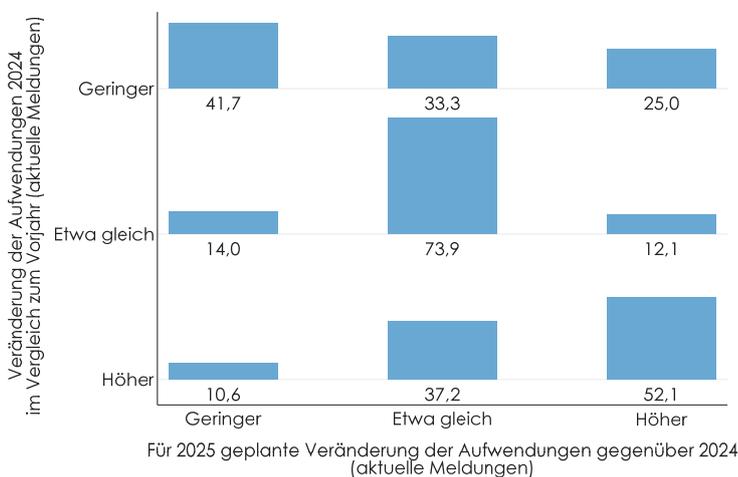
Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen

Kathrin Hofmann, Agnes Kügler

- Im Vergleich zum Vorjahr sank 2024 in den meisten Größenklassen der Anteil jener Unternehmen, die ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen erhöht haben.
- Gleichzeitig hielt die Mehrzahl der Unternehmen ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen konstant.
- Ausgabensteigerungen für Produktneueinführungen gab es vor allem in mittel bis hoch und hoch innovativen Branchen.
- Der Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten oder Dienstleistungen legte im Jahr 2024 zu. Dies ist angesichts der schwachen Industriekonjunktur ein kleiner Lichtblick.
- 2025 dürften die Ausgaben für Produktneueinführungen allerdings kaum wachsen. Der entsprechende Indikator erreichte ein neues Zehnjahrestief.

Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen 2024 und geplante Veränderung 2025

Anteil der Unternehmen in % der Meldungen je Antwortkategorie



"In der Gruppe der Unternehmen, die ihre Ausgaben 2024 verringern mussten, ist die Persistenz zwar weiterhin am geringsten, aber deutlich höher als im Vorjahr: 41,7% gaben an, ihre Aufwendungen im Folgejahr weiter zu reduzieren (2023: 33,3%)."

Die Abbildung setzt die Veränderung der Unternehmensausgaben für Produktneueinführungen im Jahr 2024 mit jener der für 2025 geplanten Ausgaben in Beziehung. Je höher die Anteile in der Hauptdiagonale (links oben nach rechts unten) sind, desto stabiler sind die Verhaltensmuster der Unternehmen über die Zeit (Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen).

Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen

Kathrin Hofmann, Agnes Kügler

Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen

Im Jahr 2024 befand sich die österreichische Wirtschaft weiterhin im Abschwung. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit blieb hoch, was die Investitionsdynamik dämpfte. Die Erhöhung der Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen im Vorjahr dürfte sich positiv auf den Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen ausgewirkt haben: er stieg 2024 auf 25,8%, blieb jedoch unter dem Vorkrisenniveau. Gleichzeitig erreichten die für das Folgejahr geplanten Ausgaben für Produktneueinführungen einen neuen Tiefststand, was die Skepsis der Unternehmen hinsichtlich der künftigen Geschäftslage widerspiegelt.

Growth in New Product Launches Despite Stagnating Investment

The Austrian economy continued to experience a period of decline in 2024, with economic policy uncertainty remaining high and exerting a negative influence on investment momentum. The uptick in expenditure on new products and services in 2023 appears to have had a favourable impact on the proportion of companies launching new products in 2024, with the share increasing to 25.8 percent, though it remained below the pre-crisis level. Concurrently, planned expenditure on new product launches for the following year has reached a new low, reflecting companies' scepticism about the future business situation.

JEL-Codes: O31, D22, E32 • **Keywords:** Produktneueinführungen, Konjunkturschwankungen, Konjunkturtest

Begutachtung: Werner Hölzl • Abgeschlossen am 3. 3. 2025

Kontakt: Kathrin Hofmann (kathrin.hofmann@wifo.ac.at), Agnes Kügler (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Österreichs Wirtschaft befand sich 2024 weiter im Abschwung und schrumpfte um voraussichtlich 1,2%. Für die Jahre 2025 und 2026 prognostiziert das WIFO ebenfalls einen leichten BIP-Rückgang bzw. lediglich ein moderates Wirtschaftswachstum. Die Industrie dürfte im laufenden Jahr stagnieren. Die europäische Industriekonjunktur schwächelt nach wie vor. Insbesondere die durch den Energiepreisanstieg gebeutelten Vorprodukt- und Investitionsgüterbranchen dürften sich nur langsam erholen, da die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Österreich hoch und die globalen Rahmenbedingungen herausfordernd bleiben. Zudem ist mit erheblichen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten zu rechnen, deren Auswirkungen derzeit nicht abschätzbar sind (Ederer & Schiman-Vukan, 2024).

Die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit dämpfte 2024 die Investitionsbereitschaft. Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung ging die heimische Investitionsnachfrage zurück (Friesenbichler & Hölzl, 2025). Auch für 2025 ist nur mit einer schwachen Investitionsdynamik zu rechnen, wobei Sachgütererzeuger erneut zurückhaltender planen als Dienstleister. Allerdings wird die Investitionstätigkeit vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben: während Kapazitätsausweitungen in der derzeitigen Konjunkturflaute als Investitionszweck keine

nennenswerte Rolle spielen, dienen die Investitionen vor allem dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen. Dies spiegelt sich auch in der Prognose der sonstigen Anlageinvestitionen, die überwiegend Investitionen in geistiges Eigentum beinhalten: nach einem schwachen Zuwachs von etwa +2,5% im Jahr 2024 rechnet das WIFO für 2025 mit +2% (Ederer & Schiman-Vukan, 2024).

In der Literatur herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass unternehmensinterne Forschung und Entwicklung (F&E) einen wichtigen Beitrag zur Flexibilität leisten und Unternehmen in die Lage versetzen, Veränderungen in ihrem Umfeld zu begegnen (Geroski et al., 1993; Meghir et al., 1996). Mithilfe ihres Wissenskapitals können sich Unternehmen durch Innovationen in Produkt- und Geschäftsprozessen besser an wechselnde Marktsituationen und wettbewerbliche Herausforderungen anpassen. Dadurch werden sie widerstandsfähiger gegenüber Krisen (Archibugi et al., 2013; Friesenbichler et al., 2020). Kleine und mittlere Unternehmen, die in Krisenzeiten neue Produkte auf den Markt bringen, verzeichnen ein stärkeres Beschäftigungswachstum als andere Unternehmen (Peters et al., 2022). Allerdings verhalten sich die aggregierten Innovationsausgaben der Unternehmen häufig prozyklisch und schrumpfen bei schwacher Konjunktur.

Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse der aktuellen WIFO-Befragung österreichischer Unternehmen zur Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie zu den dafür getätigten und geplanten Ausgaben. Im Jahr 2023 zeigte sich ein deutlicher, konjunkturbedingter Rückgang in der Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen, der 2024 nur teilweise durchbrochen werden konnte (Hofmann et al., 2024). Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen einführten, war 2024 zwar etwas höher als in den Vorjahren, blieb jedoch weiterhin unter dem Niveau vor

der COVID-19-Pandemie. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Ausgaben für Produktneueinführungen erhöhten, sank im Vergleich zum Vorjahr, während die Mehrheit der Unternehmen ihre Ausgaben konstant hielt. Dies spiegelt sich in der stabilen, aber ebenfalls unterdurchschnittlichen Zahl der Kreditvertragsabschlüsse von Unternehmen. Unternehmen, die Kredite aufgenommen haben, führen tendenziell häufiger neue Produkte und Dienstleistungen ein als solche ohne Kreditaufnahme, was auf die Bedeutung der Kreditvergabe für Innovationsaktivitäten hinweist.

2. Datengrundlage

Seit 2011 werden im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests einmal jährlich Fragen zur Einführung neuer Produkte gestellt¹⁾. Die letzte Erhebung fand im Dezember 2024 statt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse vermitteln ein erstes Stimmungsbild zum Innovations-

verhalten österreichischer Unternehmen. An der aktuellen Befragungswelle nahmen 442 Unternehmen teil. Die Indikatoren, die den Auswertungen zugrunde liegen, sind im folgenden Textkasten zusammengefasst.

Verwendete Indikatoren

Veränderung der Aufwendungen für Produktneueinführungen im Meldejahr im Vergleich zum Vorjahr: Die Unternehmen melden, ob derartige Aufwendungen getätigt wurden und ob diese gegenüber dem Vorjahr höher, niedriger oder gleich hoch ausgefallen sind. Die Meldungen gehen beschäftigungsgewichtet in die Berechnung des Indikators für die Gesamtwirtschaft ein. Bei einem Indikatorwert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Meldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die Meldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Bei einem Indikatorwert von null halten sich positive und negative Meldungen die Waage. Darüber hinaus werden auch die (ungewichteten) Anteile der Unternehmen, die ihre Ausgaben gesteigert, gleich gehalten bzw. gesenkt haben, nach Größenklassen und Branchen berechnet.

Geplante Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr im Vergleich zum Meldejahr: Berechnung analog zum vorigen Indikator.

Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen: Anteil aller positiven Meldungen zur Frage, ob im abgelaufenen Jahr neue Produkte oder Dienstleistungen eingeführt wurden, an allen befragten Unternehmen.

Indikator der künftigen Lagebeurteilung: Der Indikator setzt sich aus monatlichen Meldungen zur Entwicklung der Produktion und der Beschäftigung in den kommenden drei Monaten und zur Entwicklung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten zusammen. Die Meldungen zu diesen Fragen wurden für jedes Unternehmen zuerst über die monatlichen Meldungen der drei Indikatoren saldiert und daraus ein (beschäftigungsgewichteter) Jahresdurchschnitt über alle Meldungen in einem Jahr berechnet.

Anteil der Unternehmen mit neuen Kreditverträgen im Meldejahr: Der Anteil wird aus monatlichen Meldungen zu Fragen zur Kreditvergabe berechnet. Die Unternehmen melden, ob sie in den letzten drei Monaten einen oder mehrere Kreditverträge (z. B. Neukredit, Ausweitung eines bestehenden Kredits oder eines Überziehungsrahmens usw.) mit Banken abgeschlossen haben.

Anteil der Unternehmen mit Beschränkungen bei Kreditvorhaben: Die Berechnung basiert auf demselben Fragenkatalog wie der vorherige Indikator. Beschränkungen umfassen sowohl eine Abweichung in der erwarteten Kredithöhe und/oder seiner Bedingungen als auch ein Nichtzustandekommen eines Kredites aufgrund der Ablehnung durch die Bank. Sollte ein Unternehmen gar nicht erst um einen Kredit angesucht haben, da es keine realistische Chance darauf sah, gilt auch dieser Umstand als Beschränkung.

3. Geplante Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte spiegeln die Konjunkturerwartungen wider

Die unternehmerischen Erwartungen trübten sich 2024 weiter ein. Das vergangene Jahr war von hoher wirtschaftlicher und geopolitischer Unsicherheit geprägt. Insbesondere die exportorientierten Industrieunternehmen gerieten zunehmend unter Wettbewerbs-

druck. Einerseits belasteten die Schwäche des für Österreich so wichtigen Handelspartners Deutschland sowie der verstärkte Kostendruck die heimischen Unternehmen, andererseits sorgten die zunehmend schwierigen Handelsbeziehungen zu den USA und

¹⁾ Siehe Reinstaller (2019) für eine detaillierte Beschreibung der Teilerhebung zur Einführung neuer Produkte

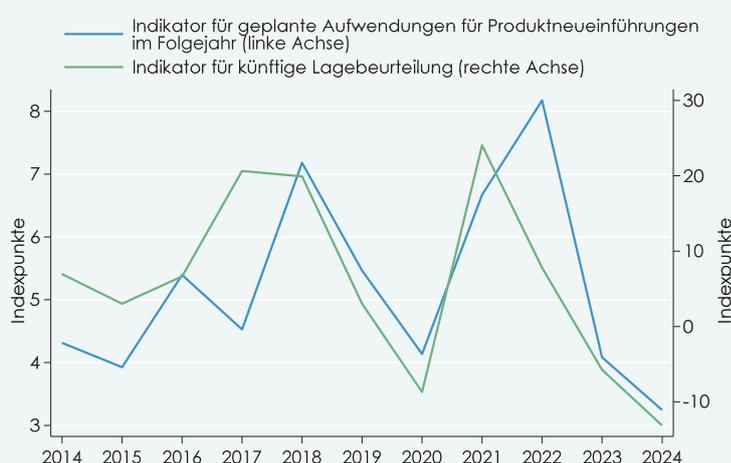
bzw. Hölzl und Schwarz (2014) für eine Beschreibung des WIFO-Konjunkturtests.

China für weitere Unsicherheit. Österreich befand sich 2024 das zweite Jahr in Folge in einer Rezession. Dies hatte direkten Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen. Die Planung von Unternehmensausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen richtet sich auch nach dem erwarteten Konjunkturverlauf. Sind ihre Einschätzungen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung optimistischer, sehen die Unternehmen mehr Ausgaben für Produktneueinführungen vor.

In Österreich zeigen die geplanten Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen

demgemäß einen prozyklischen Verlauf (Abbildung 1). So ging der Einbruch der Konjunkturerwartungen der Unternehmen im Jahr 2020 mit einem Rückgang der geplanten Ausgaben einher. Der Aufschwung ab dem Jahr 2021 schlug sich in einer großzügigeren Ausgabenplanung nieder, wurde in den Folgejahren jedoch durch geopolitische Unsicherheiten, Liefer- und Energieengpässe und daraus resultierende weltweite Preissteigerungen gedämpft. Die Rückmeldungen zu den geplanten Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen folgten diesem Konjunkturverlauf.

Abbildung 1: **Geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen sowie künftige Lagebeurteilung**



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Stichprobengröße des WIFO-Konjunkturtests liegt bei jährlich rund 1.500 Unternehmen (2024: 1.681), davon beantworteten im Dezember 2024 300 Unternehmen die Frage zu den geplanten Aufwendungen für die Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen. Der Indikator für die Veränderung der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wurde als beschäftigungsgewichteter Überhang berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Der Indikator der künftigen Lagebeurteilung zeigt den (beschäftigungsgewichteten) Durchschnitt der unternehmerischen Erwartungen der befragten Unternehmen.

Übersicht 1: **Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr sowie geplante Aufwendungen im Folgejahr**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Indikator für Aufwendungen für Produktneueinführungen im Meldejahr	6,1	5,2	6,0	6,3	7,8	6,9	3,5	12,0	7,2	7,7	3,8
Indikator für geplante Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr	4,3	3,9	5,4	4,5	7,2	5,5	4,1	6,7	8,2	4,1	3,2

Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Indikatoren für die Veränderung der getätigten bzw. geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen im Melde- bzw. im Folgejahr wurden als beschäftigungsgewichtete Überhänge berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Aufwendungen ausweiten wollen bzw. bereits ausgeweitet haben, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die Ausgabenkürzungen planen bzw. durchgeführt haben.

Die erste Zeile in Übersicht 1 zeigt die Veränderung der im jeweiligen Meldejahr aufgeführten Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen. Nachdem der beschäftigungsgewichtete Indikator im Jahr 2020 den Tiefststand der letzten 10 Jahre

erreicht hatte, stieg er während der Konjunkturerholung im Jahr 2021 deutlich an. Auch 2022 (7,2 Punkte) und 2023 (7,7 Punkte) blieb er weiter über dem Zehnjahresdurchschnitt (6,6 Punkte). 2024 brach der Indikator

allerdings ein und erreichte mit 3,8 Punkten beinahe wieder das Niveau von 2020.

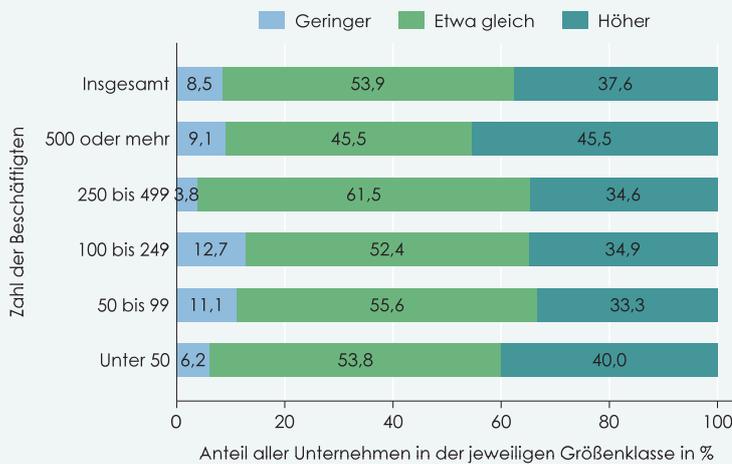
Die Veränderung der für das jeweilige Folgejahr geplanten Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen (2. Zeile in Übersicht 1) bildet die Planungsunsicherheit der Unternehmen ab und ist von der laufenden Konjunktureinschätzung bzw. den Erwartun-

gen geprägt. Hatte der Indikator 2021 und 2022 noch deutliche Ausgabenzuwächse im jeweiligen Folgejahr signalisiert, sank er 2023 auf das Niveau des Krisenjahres 2020 (4,1 Punkte) und erreichte 2024 sogar ein neues Zehnjahrestief von 3,2 Punkten. Zwar lag der Indikator damit weiterhin im positiven Bereich, doch klar unter dem Zehnjahresdurchschnitt von 5,2 Punkten.

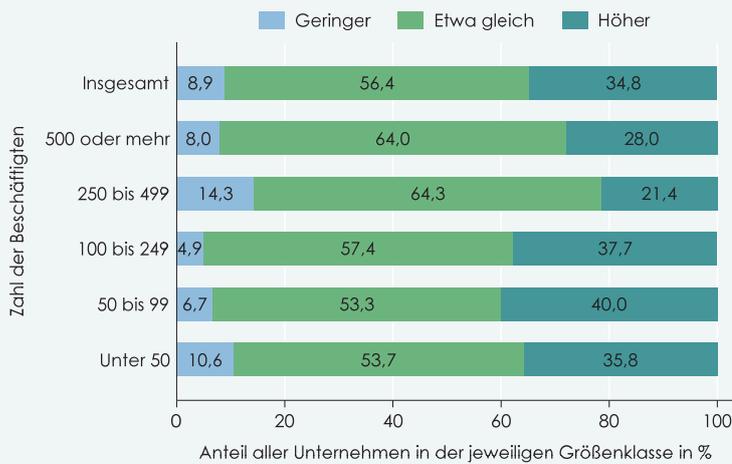
Österreichs Unternehmen dürften ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen 2025 kaum ausweiten.

Abbildung 2: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen**

2023



2024



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Die Gesamtzahl unserer Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte) in Österreich beträgt rund . . .". "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2023: 295 Beobachtungen, 2024: 282 Beobachtungen.

2025 sind damit nur bescheidene Zuwächse an Aufwendungen zu erwarten. Der niedrige Indikatorwert spiegelt die Skepsis der Unternehmen zur künftigen Geschäftslage um die Jahreswende 2024/25 wider. Im Dezember trübten sich die unternehmerischen Erwartungen zur konjunkturellen Entwicklung quer

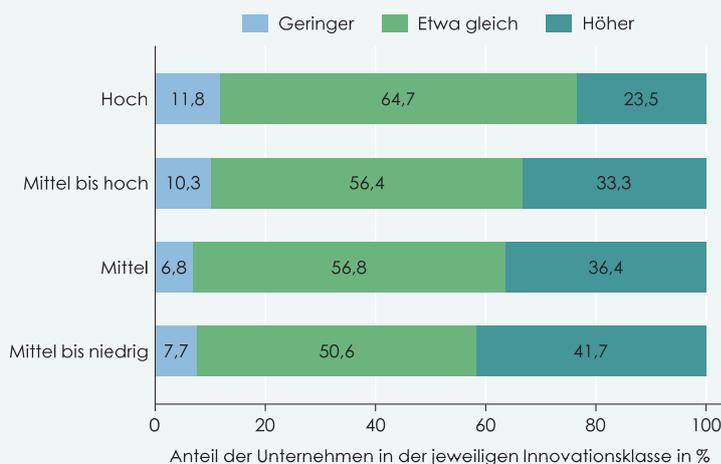
über alle Sektoren ein. Der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Erwartungsindex wurde insbesondere durch die verhaltenen und mit hoher Unsicherheit behafteten Konjunkturaussichten in der Industrie getrieben (Hözl et al., 2024). Seit 2022 stieg die unternehmerische Unsicherheit hinsichtlich der

künftigen Geschäftslage infolge des Ukraine-Krieges und des darauffolgenden Energiepreisschocks vor allem in der Sachgüterzeugung und im Bauwesen merklich an, und blieb bis Ende 2024 auf hohem Niveau. Eine

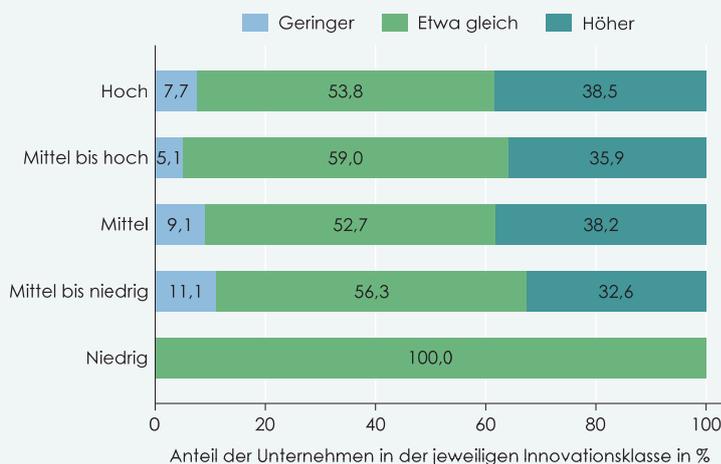
erhöhte Unsicherheit geht wiederum mit einem zögerlichen Investitionsverhalten der Unternehmen einher (Glocker & Hölzl, 2022), das sich auch in den Ausgaben für Produktneueinführungen spiegelt.

Abbildung 3: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr nach der Innovationsintensität der Branche**

2023



2024



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2023: 295 Beobachtungen, 2024: 282 Beobachtungen. 2023 wurde diese Frage von keinem Unternehmen in einer Branche mit "niedriger" Innovationsintensität beantwortet, 2024 nur von einem Unternehmen.

Die Mehrzahl der befragten Unternehmen hielt ihre Aufwendungen für Produktneueinführungen 2024 konstant.

Insgesamt meldeten 34,8% der befragten Unternehmen, ihre Ausgaben für Produktneueinführungen 2024 im Vergleich zum Vorjahr erhöht zu haben²⁾. Der entsprechende Anteil sank in den meisten Unternehmensgrößenklassen. Nur mittelgroße Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten (+6,7 Pro-

zentpunkte) bzw. 100 bis 249 Beschäftigten (+2,8 Prozentpunkte) gaben häufiger als 2023 an, ihre Ausgaben ausgeweitet zu haben (Abbildung 2). Dabei sticht die erste Gruppe von Unternehmen besonders ins Auge, da sie gleichzeitig viel seltener Ausgabenkürzungen meldete als noch im Vorjahr.

²⁾ Die Frage erlaubt keinen Rückschluss darauf, ob es sich um nominelle oder reale Ausgabenveränderungen handelt. In Anbetracht der hohen Inflation der vergangenen Jahre ist jedoch davon auszugehen,

dass der ausgewiesene Anteil eine Obergrenze für den Anteil der Unternehmen darstellt, die ihre Ausgaben real erhöht haben.

Größere Unternehmen ab 250 Beschäftigten meldeten dagegen weit seltener Ausweitungen als 2023 (250 bis 499 Beschäftigte –13,2 Prozentpunkte, ab 500 Beschäftigte –17,5 Prozentpunkte). Ähnliches gilt für kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten (–4,2 Prozentpunkte).

8,9% aller befragten Unternehmen gaben an, ihre Ausgaben für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Jahr 2024 gesenkt zu haben (+0,4 Prozentpunkte gegenüber 2023). Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil bei den Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten am kräftigsten (+10,5 Prozentpunkte von 3,8% auf 14,3%). Auch kleine Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeiter:innen gaben deutlich häufiger an, ihre Ausgaben gekürzt zu haben, als noch im Vorjahr (+4,4 Prozentpunkte). Dass der gesamtwirtschaftliche Anteil der Unternehmen, die ihre Ausgaben zurückgestrichen haben, nicht noch deutlicher angestiegen ist, ist vor allem auf die mittleren Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten zurückzuführen.

Die Mehrheit der Unternehmen – insgesamt 56,4% der Stichprobe – meldeten 2024 ein Gleichbleiben ihrer Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr. Das entspricht einem Anstieg

um 2,3 Prozentpunkte gegenüber 2023. Bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten lag dieser Anteil sogar bei rund 64%. Angesichts der hohen Inflation im Jahr 2023 impliziert dies einen realen Rückgang der Investitionen in Produktneueinführungen durch diese Unternehmen.

In einem nächsten Schritt wurden die befragten Unternehmen gemäß der F&E-Intensität ihrer Branche (vgl. Galindo-Rueda & Verger, 2016) in fünf Subgruppen eingeteilt (Abbildung 3). 2024 war der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen erhöht haben, in allen Branchen relativ ähnlich. Am höchsten war er in Branchen mit hoher F&E-Intensität (38,5%), am niedrigsten in Bereichen mit niedriger bis mittlerer F&E-Intensität (32,6%). Damit entspricht das beobachtete Ausgabenverhalten grundsätzlich den Erwartungen: wissensintensive und Hochtechnologiebranchen investieren tendenziell häufiger in neue Produkte, um wettbewerbsfähig zu bleiben. 2023 zeichneten die Rückmeldungen noch ein gänzlich anderes Bild; damals war der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen für Produktneueinführungen gesteigert hatten, in der Gruppe der niedrig bis mittel technologieintensiven Unternehmen am höchsten (41,7%).

2024 trugen vor allem mittel bis hoch und hochinnovative Branchen zur Ausgabensteigerung für Produktneueinführungen bei.

4. Stabile Verhaltensmuster bei Investitionen in Produktneueinführungen

Langfristig neigen die Unternehmen dazu, ihre Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen konstant zu halten oder diese zu erhöhen. Abbildung 4 (obere Grafik) setzt die Veränderung der Unternehmensausgaben für Produktneueinführungen in den Meldejahren 2023 und 2024 zueinander in Beziehung. Je höher die Anteile in der Hauptdiagonale (links oben nach rechts unten) sind, desto stabiler sind die Verhaltensmuster der Unternehmen über die Zeit. Um durch die rezenten Krisenjahre ausgelöste Verhaltensänderungen zu identifizieren, wurden darunter die Durchschnittswerte aus den Jahren 2014 bis 2019 ausgewiesen. Man erkennt, dass die Hauptdiagonale im Jahr 2024 weiterhin stärker besetzt war als in den Jahren vor der COVID-19-Krise. Das deutet darauf hin, dass die Persistenz der Ausgabenmuster in Krisenjahren deutlicher zutage tritt als in "normalen" Jahren.

30,8% jener Unternehmen, die ihre Aufwendungen bereits 2023 verringert hatten, senkten diese auch 2024 (2023: 40%). 71,3% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2023 gleich gelassen hatten, beließen sie auch 2024 unverändert (2023: 69,1%). Und über der Hälfte (54,4%) der Unternehmen, die ihre

Ausgaben für Produktneueinführungen 2023 erhöht hatten, weiteten sie 2024 abermals aus (2023: 51,4%). Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Persistenz des Ausgabenverhaltens damit etwas ab und näherte sich marginal an die Verhaltensstruktur vor Ausbruch der multiplen Krisen an. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen im Meldejahr verringerten, an jenen, die sie bereits im Vorjahr verringert hatten, war 2024 jedoch nach wie vor deutlich höher als vor 2020 (30,8% versus 21,1%).

Mehr als ein Fünftel (23%) der im Dezember 2024 befragten Unternehmen erhöhte ihre Aufwendungen für Produkte und Dienstleistungen zwei Jahre in Folge (2023: 24,6%); gut jedes dritte Unternehmen (35,4%; 2023: 31,3%) beließ sie zwei Jahre in Folge konstant. Nur 2,5% der befragten Unternehmen reduzierten ihre Aufwendungen für Produktneueinführungen sowohl 2023 als auch 2024.

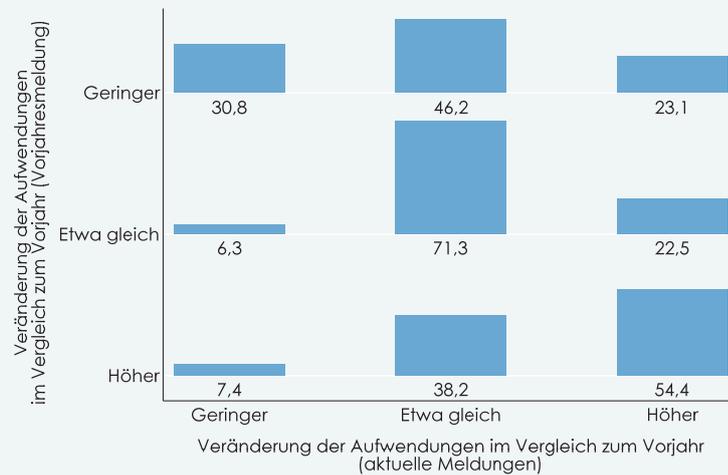
Für 2025 planten insgesamt 26,9% der Unternehmen eine Ausweitung ihrer Aufwendungen gegenüber 2024, weitere 57,8% wollen sie konstant halten. 15,3% der Unternehmen gaben an, ihre Aufwendungen im Jahr 2025 reduzieren zu müssen (Übersicht 2).

23% der befragten Unternehmen steigerten ihre Ausgaben bereits zwei Jahre in Folge, während 35,4% ihre Ausgaben bereits zwei Jahre in Folge eingefroren hatten.

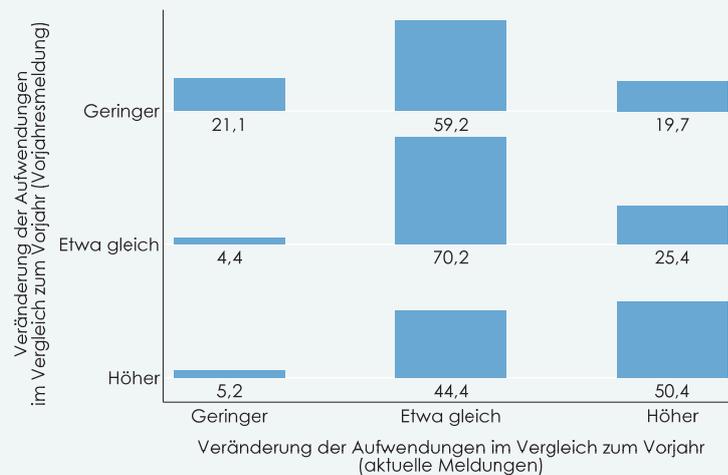
Abbildung 4: Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr im Vergleich zur Vorjahresmeldung

Anteil der Unternehmen in % der Vorjahresmeldungen je Antwortkategorie

2024



Ø 2014/2019



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2024: 161 Beobachtungen, 2014/2019: 1.417 Beobachtungen.

Übersicht 2: Für 2025 geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zu 2024

	Unternehmen	
	In %	Anzahl
Insgesamt	100,0	275
Geringer als 2024	15,3	42
Etwa gleich hoch wie 2024	57,8	159
Höher als 2024	26,9	74

Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen.

Grundsätzlich erweist sich das Verhalten der Unternehmen auch in der Vorausschau als sehr beständig (Abbildung 5). Die höchsten Anteile sind aber abermals tendenziell in der Hauptdiagonale zu finden. 73,9% der Unter-

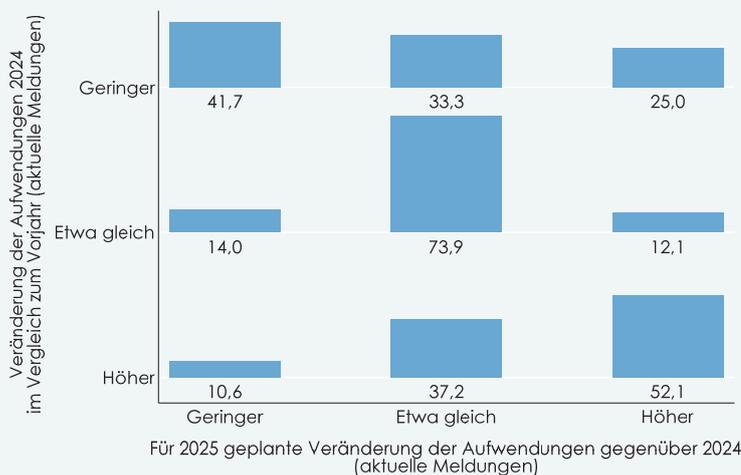
nehmen, die ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen 2024 konstant gehalten hatten, planten dies auch für 2025. Dieser Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (2023: 72,3%). Analog be-

absichtigten 52,1% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2024 erhöht hatten, auch für 2025 eine Anhebung. In der Gruppe der Unternehmen, die ihre Ausgaben 2024 verringern mussten, ist die Persistenz zwar weiterhin am geringsten, aber deutlich höher als im Vorjahr: 41,7% gaben an, ihre Aufwendungen im Folgejahr weiter zu reduzieren (2023: 33,3%). Dies ist die größte Gruppe unter jenen Unternehmen, die ihre Aufwendungen auch schon im

Vorjahr verringert hatten. Ähnlich wie in der Rückschau spiegeln Werte abseits der Hauptdiagonale geplante Verhaltensänderungen wider. Unter jenen Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2024 verringern mussten, plant ein Viertel (25%) eine Aufstockung im laufenden Jahr. Umgekehrt beabsichtigen nur 10,6% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2024 erhöhten, eine Senkung im Jahr 2025.

Abbildung 5: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen 2024 und geplante Veränderung 2025**

Anteil der Unternehmen in % der Meldungen je Antwortkategorie (zu den Aufwendungen im Meldejahr)



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". "Wie schätzen Sie die Aufwendungen dafür im nächsten Jahr im Vergleich zu heuer ein?". 275 Beobachtungen.

5. Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen zeigt erste Erholung

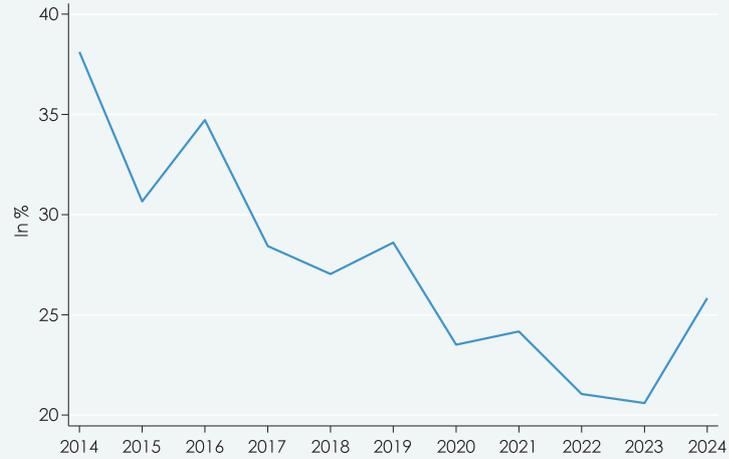
Der Anteil der Unternehmen, die im WIFO-Konjunkturtest eine Einführung neuer Produkte oder Dienstleistungen meldeten, sank von 2019 bis 2023 kontinuierlich von 28,6% auf 20,6%, insgesamt also um rund 8 Prozentpunkte (Abbildung 6). 2024 erholte sich der Anteil der innovierenden Unternehmen erstmals wieder leicht: mit 25,8% übertraf er den Durchschnitt der Krisenjahre, lag aber weiterhin deutlich unter dem Wert von vor 10 Jahren (2014: 38,1%). Die Mehrheit der Unternehmen (74,2%) brachte 2024 keine neuen Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt.

Abbildung 7 (oben) zeigt den Anteil der Unternehmen, die im Jahr 2024 neue Produkte

oder Dienstleistungen einführten, nach Unternehmensgröße, sowie die Veränderung zum Vorjahr. Einen Vergleich mit den durchschnittlichen Anteilen in den Vorkrisenjahren 2014 bis 2019 ermöglicht die untere Grafik in Abbildung 7. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen 2024 in fast allen Gruppen. Mit rund 10 Prozentpunkten fiel die Steigerung bei Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten am stärksten und bei Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten (rund +4 Prozentpunkte) am schwächsten aus. In Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten verringerte sich der Anteil um 3,1 Prozentpunkte.

2024 legte der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte bzw. Dienstleistungen anboten, wieder zu. Dies ist angesichts der schwachen Industriekonjunktur ein kleiner Lichtblick.

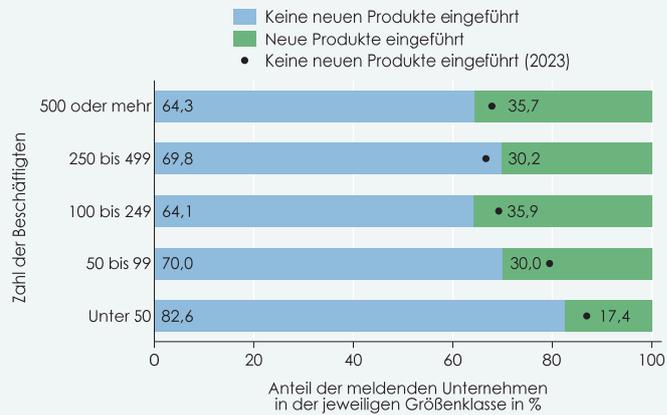
Abbildung 6: Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen



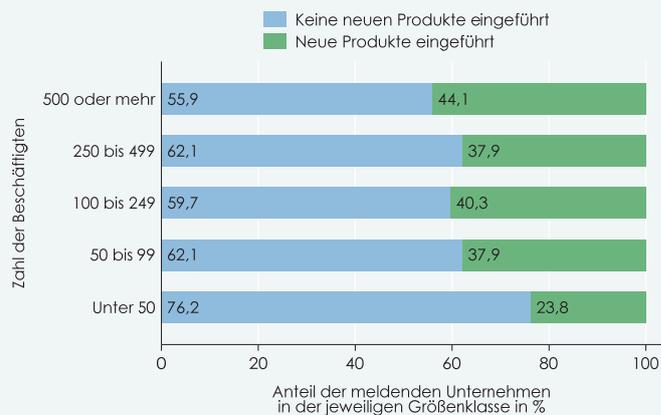
Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 5.893 Beobachtungen.

Abbildung 7: Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen

2024



Ø 2014/2019



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 2024: 387 Beobachtungen, 2014/2019: 3.755 Beobachtungen.

Vergleicht man die rezenten Ergebnisse mit den Werten, die zwischen 2014 und 2019 beobachtet wurden, so wird eine Abweichung von der Vorkrisenstruktur sichtbar. Wie bereits 2023 war auch 2024 der Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten oder Dienstleistungen in allen Größenklassen niedriger als im Durchschnitt der Vorkrisenjahre: Hatten in den Jahren 2014 bis 2019 – also vor der COVID-19-Pandemie – noch durchschnittlich 44,1% der Unternehmen ab 500 Beschäftigten sowie 37,9% der Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten die Einführung neuer Produkte gemeldet, so waren es 2024 lediglich 35,7% bzw. 30,2%. Bei Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten waren es vor der COVID-19-Pandemie 37,9% (2024: 30%), bei kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten 23,8% (2024: 17,4%). Am größten ist der Abstand zum Durchschnitt der Vorkrisenjahre bei den Großunternehmen ab 500 Beschäftigten (-8,4 Prozentpunkte), vor den

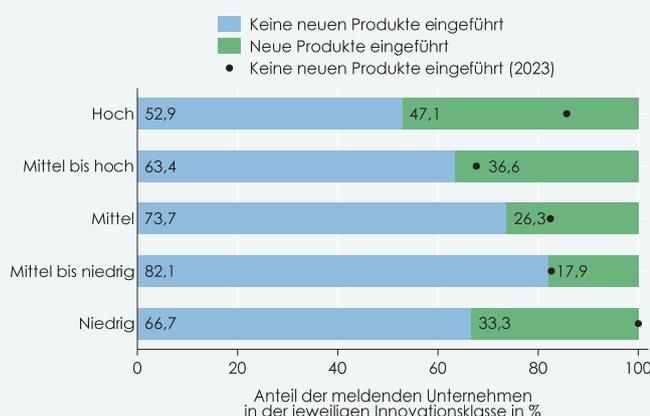
Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten (-7,7 Prozentpunkte).

Schlüsselt man die Anteile nach der Innovationsintensität der Branchen auf (Abbildung 8), so zeigt sich, dass 2024 – analog zu den Aufwendungen – insbesondere Unternehmen in sehr innovationsintensiven Branchen öfter neue Produkte eingeführt haben als im Vorjahr. Zwar stieg der Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen in allen Branchengruppen, er lag jedoch nach wie vor fast überall unter dem durchschnittlichen Vorkrisenniveau. Einzig Unternehmen in Branchen mit niedriger Innovationsintensität wiesen zuletzt einen höheren Anteil auf als im Durchschnitt 2014/2019, jedoch ist der Wert mit Vorsicht zu interpretieren, da nur sehr wenige Unternehmen in der Stichprobe auf solche Branchen entfallen. In hoch innovationsintensiven Branchen erreichte der Anteil mit 47,1% beinahe wieder den Vorkrisenwert von 47,5%.

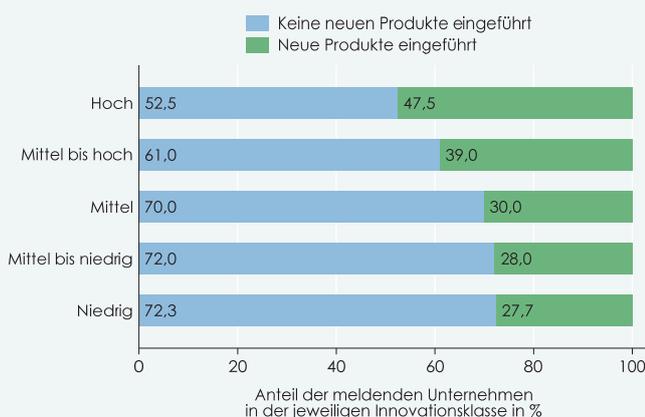
Im Vergleich zu den Jahren vor der COVID-19-Krise hat die Innovationskraft über alle Unternehmensgrößenklassen hinweg abgenommen. Den größten Abstand zum Vorkrisenniveau weisen Großunternehmen auf.

Abbildung 8: Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen nach Innovationsintensität der Branche

2024



Ø 2014/2019



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 2024: 387 Beobachtungen, 2014/2019: 3.755 Beobachtungen.

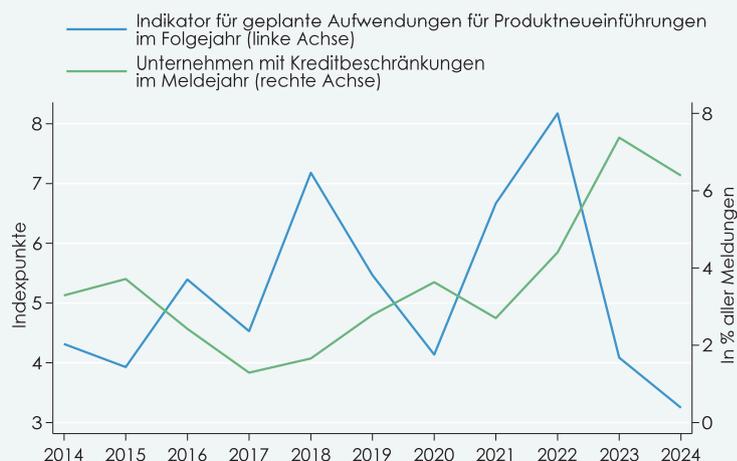
6. Die Rolle der Kreditvergabe bei der Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen

Seit Beginn der multiplen Krisen ab 2020 konnte ein deutlicher Rückgang bei den abgeschlossenen Kreditverträgen beobachtet werden. 2024 schlossen insgesamt 25,3% der befragten Unternehmen einen oder mehrere Kreditverträge mit einer Bank ab. 74,7% gaben an, keinen neuen Kreditvertrag eingegangen zu sein. Damit blieb der Anteil der Unternehmen, die neue Kredite aufgenommen haben, gegenüber 2023 nahezu stabil (2023: 25,7%) und lag um 5,2 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Vorkrisenwert von 30,5% (2014/2019).

Die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen erfordert einerseits mehr Mittel an

Kapital bzw. Arbeit, braucht andererseits aber auch Zeit. Vergleicht man die Gruppe der Unternehmen, die 2023 einen Kreditvertrag abschlossen, mit jenen, die keinen abschlossen, so zeigt sich ein deutlicher Unterschied hinsichtlich des resultierenden Anteils innovierender Unternehmen: Von den Unternehmen mit Kreditneuabschlüssen im Jahr 2023 gaben 34,6% an, 2024 neue Produkte eingeführt zu haben. In der Vergleichsgruppe ohne Kreditabschluss waren es nur 24,5%, um 9,9 Prozentpunkte weniger. Diesen Zusammenhang findet man auch in Daten für die Vorkrisenjahre 2014 bis 2019, wobei die Diskrepanz deutlich geringer ausfällt (34,5% gegenüber 30,4%).

Abbildung 9: Kreditbeschränkungen und geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Stichprobengröße des WIFO-Konjunkturtests liegt bei jährlich rund 1.500 Unternehmen (2024: 1.681). Davon beantworteten im Dezember 2024 300 Unternehmen die Frage zu geplanten Aufwendungen für die Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen und 521 Unternehmen die Fragen zur Kreditvergabe. Der Indikator für die Veränderung der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wurde als beschäftigungsgewichteter Überhang berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Der (beschäftigungsgewichtete) Anteil der Unternehmen, die mindestens einmal im jeweiligen Meldejahr mit Kreditbeschränkungen konfrontiert waren, umfasst etwaige Beschränkungen betreffend der Höhe, der Laufzeit und die Konditionen der Kredite, wie auch die gänzliche Ablehnung eines Kredites durch die Bank.

Unternehmen mit Kreditabschlüssen führen häufiger neue Produkte und Dienstleistungen in den Markt ein.

Ein analoges Bild ergibt sich, wenn man die Kreditabschlüsse im Jahr 2024 den für 2025 geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen gegenüberstellt. Von jenen Unternehmen, die 2024 einen oder mehrere neue Kreditverträge abschlossen, gaben 40% an, ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen 2025 erhöhen zu wollen. In der Gruppe ohne neue Kreditverträge waren es hingegen nur 28,4%.

Der Anteil der Unternehmen, die angaben, bei Kreditvorhaben mit Beschränkungen konfrontiert gewesen zu sein, blieb im Ver-

gleich zu 2023 stabil. Diese Beschränkungen können vielfältig sein: So können etwa die Höhe des Kredites geringer oder die Kreditbedingungen ungünstiger ausfallen als erwartet. Als Beschränkungen gelten auch eine Ablehnung des Kreditantrages durch die Banken oder der Fall, dass Unternehmen einen Kredit gar nicht erst beantragen, da sie ihre Erfolgchancen als zu gering einschätzen.

Fast jedes vierte Unternehmen (23,5%) meldete, 2024 mit solchen Beschränkungen konfrontiert gewesen zu sein. Bei den übrigen

76,5% fielen die Höhe und die Bedingungen des Kredites entweder wie erwartet aus, oder die Unternehmen hatten 2024 keinen Bedarf an neuen Krediten. Unternehmen mit und ohne Kreditbeschränkungen unterscheiden sich kaum hinsichtlich der für das Folgejahr geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen. In der Gruppe ohne Kreditbeschränkungen gaben 2024 31,4% an, ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen im darauffolgenden Jahr erhöhen zu wollen; in der Gruppe ohne Kreditbeschränkungen war der Anteil mit 33,3% nur geringfügig höher.

Der Anteil der Unternehmen, die mit Kreditbeschränkung konfrontiert sind, fällt deutlich geringer aus, wenn man ihn beschäftigungsgewichtet berechnet. Das lässt darauf

schließen, dass insbesondere kleinere Unternehmen mit weniger Beschäftigten von Kreditbeschränkungen betroffen sind. Abbildung 9 stellt die Veränderung der geplanten Investitionen in neue Produkte und Dienstleistungen den gemeldeten Kreditbeschränkungen gegenüber. In der Vergangenheit verliefen die beiden Indikatoren asynchron. In Jahren, in den viele Unternehmen mit Kreditbeschränkungen konfrontiert waren, sank der Anteil derer, die beabsichtigten, ihre Ausgaben für Produktneueinführungen im Folgejahr zu erhöhen, und umgekehrt. Zwar war 2024 ein kleiner Rückgang bei den Kreditbeschränkungen zu beobachten, doch schlug sich dieser noch nicht spürbar in einer erhöhten Ausgabenbereitschaft nieder.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Jahr 2024 befand sich die österreichische Wirtschaft weiterhin im Abschwung; für die Jahre 2025 und 2026 wird ein Anhalten der Rezession bzw. lediglich ein moderates Wirtschaftswachstum prognostiziert. Zudem dämpft die wirtschaftspolitische Unsicherheit die Investitionsdynamik, die laut WIFO-Investitionsbefragung im Jahr 2024 abnahm.

Die vorliegende Analyse des Innovationsverhaltens österreichischer Unternehmen basiert auf dem WIFO-Konjunkturtest. Die letzte Erhebung fand im Dezember 2024 statt und umfasste 442 österreichische Unternehmen. Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen einführten, stieg 2024 auf 25,8%, blieb damit jedoch unter dem Niveau vor Ausbruch der multiplen Krisen. Die Mehrheit der Unternehmen hielt ihre Ausgaben für Produktneueinführungen 2024 konstant. Während 35,4% der Unternehmen angaben, ihre Ausgaben bereits zwei Jahre in Folge eingefroren zu haben, meldeten

immerhin 23% der Unternehmen für zwei aufeinanderfolgende Jahre Ausgabensteigerungen. Die für das Folgejahr geplanten Ausgaben für Produktneueinführungen erreichten 2024 allerdings ein neues Zehnjahrestief. Die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit und die Nachfrageschwäche wirken sich offenbar negativ auf die geplanten Ausgaben heimischer Unternehmen aus.

Unternehmen mit Kreditneuaufnahmen neigen eher zur Einführung neuer Produkte. Fast 25% der befragten Unternehmen berichteten allerdings von Kreditbeschränkungen, was die Herausforderungen bei der Finanzierung von Innovationen verdeutlicht. Obwohl der Anteil innovierender Unternehmen zuletzt leicht zugenommen hat, steht die allgemeine Innovationskraft in Österreich weiterhin unter Druck. Die Unternehmen müssen sich an die sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen anpassen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

8. Literaturhinweise

- Archibugi, D., Filippetti, A., & Frenz, M. (2013). Economic crisis and innovation: Is destruction prevailing over accumulation? *Research Policy*, 42(2), 303-314.
- Ederer, S., & Schiman-Vukan, S. (2024). Zaghafte Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55969235>.
- Friesenbichler, K., & Hölzl, W. (2025). Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(1), 19-27. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56953121>.
- Friesenbichler, K. S., Janger, J., Kügler, A., & Reinstaller, A. (2020). *Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Forschungs- und Innovationsaktivität*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4150114>.
- Galindo-Rueda, F., & Verger, F. (2016). OECD Taxonomy of Economic Activities Based on R&D Intensity. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, (2016/04). <https://doi.org/10.1787/5jlv73sqap8r-en>.
- Geroski, P., Machin, S., & Van Reenen, J. (1993). The profitability of innovating firms. *The RAND Journal of Economics*, 24(2), 198-211.
- Glocker, C., & Hölzl, W. (2022). A direct measure of subjective business uncertainty. *German Economic Review*, 23(1), 121-155.
- Hofmann, K., Kügler, A., & Schmidt-Padickakudy, N. (2024). Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen. *WIFO-Monatsberichte*, 97(3), 151-163. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51443893>.

- Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2024). Industriekonjunktur trübt Wirtschaftsklima. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2024. *WIFO-Konjunkturtest*, (12). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55968057>.
- Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4096384>.
- Meghir, C., Ryan, A., & Van Reenen, J. (1996). Job creation, technological innovation and adjustment costs: Evidence from a panel of British firms. *Annales d'Economie et de Statistique*, (41/42), 255-274.
- Peters, B., Dachs, B., Hud, M., & Köhler, C. (2022). Employment and innovation in recessions: Firm-level evidence from European Countries. *Industrial and Corporate Change*, 31(6), 1460-1493.
- Reinstaller, A. (2019). Produkteinführungen österreichischer Unternehmen und Konjunkturschwankungen. *WIFO-Monatsberichte*, 92(3), 173-182. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4141312>.

Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft

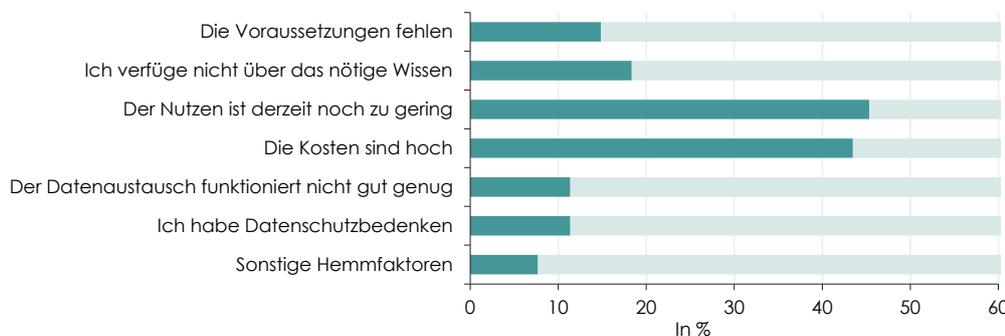
Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

Franz Sinabell

- Digitalisierung ist eine Mehrzwecktechnologie, die in der gesamten Volkswirtschaft zunehmend eingesetzt wird.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit im Agrarsektor zu stärken, werden Maßnahmen zur Förderung von Innovationen und Digitalisierung umgesetzt.
- Digitale Werkzeuge werden auf fast allen landwirtschaftlichen Betrieben in Österreich benutzt, vor allem in der Verwaltung und zur Unterstützung der Entscheidungsfindung.
- Hohe Kosten oder ein geringer erwarteter Nutzen stehen dem breiteren Einsatz digitaler Technologien in der Landwirtschaft entgegen.
- Datenschutzbedenken und die Gefahr von Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Unternehmen wirken ebenfalls als Hemmnisse.

Hemmnisse einer stärkeren Verbreitung digitaler Lösungen und Technologien in der österreichischen Landwirtschaft

Zustimmungsraten in %



"Angesichts der Bedeutung, die der Digitalisierung bei der Steigerung der Produktivität und der Verringerung von Umweltbelastungen zugeschrieben wird, sollte dem laufenden Monitoring mehr Beachtung geschenkt werden."

Die beiden wichtigsten Gründe, digitale Lösungen und Technologien nicht anzuwenden, sind der zu geringe erwartete Nutzen und die zu hohen Kosten (Q: Kettner et al., 2023a).

Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft

Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

Franz Sinabell

Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft.

Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

In der EU-Agrarpolitik gilt Digitalisierung als ein wichtiges Vehikel, um die Innovationskraft und Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen. Während die internationale Literatur Rückschlüsse darauf erlaubt, in welchem Umfang digitale Technologien in der Volkswirtschaft insgesamt und im Speziellen im Agrarsektor eingesetzt werden, gibt es zur österreichischen Landwirtschaft vergleichsweise wenige einschlägige Untersuchungen. Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse zweier empirischer Erhebungen vor, die einen Überblick zur Verbreitung digitaler Methoden und Technologien in Österreichs Landwirtschaft geben und die Vorteile und Hemmnisse ihrer Anwendung untersuchen. Angesichts der Bedeutung der Digitalisierung für Produktivität und Umweltschutz sollte dem laufenden Monitoring mehr Beachtung geschenkt werden.

JEL-Codes: Q16, Q19, O47 • **Keywords:** Landwirtschaft, Digitalisierung, Österreich

Begutachtung: Michael Peneder • **Wissenschaftliche Assistenz:** Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 17. 3. 2025

Kontakt: Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at)

Digitalisation in Austrian Agriculture. An Overview on Current Evidence and Challenges

In EU agricultural policy, digitalisation is seen as an important vehicle for increasing innovation and productivity in agriculture. While the international literature allows conclusions to be drawn about the extent to which digital technologies are used in the economy as a whole and in the agricultural sector in particular, there are comparatively few relevant studies on Austrian agriculture. This article presents the results of two empirical surveys that provide an overview of the spread of digital methods and technologies in Austrian agriculture and analyse the advantages and obstacles to their use. In view of the importance of digitalisation for productivity and environmental protection, more attention should be paid to ongoing monitoring.

1. Einleitung und Problemstellung

Die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft ist ein wichtiges Ziel der Agrarpolitik. Digitalisierung soll maßgeblich dazu beitragen.

In der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden in der Regel für Perioden von sieben Jahren Programme entwickelt, um die im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Ziele zu verfolgen. Die Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ist ein Kernziel der GAP (vgl. Art. 39 des Vertrages)¹⁾ und hat auch in der nationalen Agrarpolitik einen hohen Stellenwert (siehe § 1 Abs. 4 Landwirtschaftsgesetz²⁾). Laut GAP-Strategieplan wird dieses Ziel mit mehreren Maßnahmen verfolgt. Digitalisierung ist ein wichtiges Element des Querschnittsziels "Weitergabe von Wissen, Innovation und Digitalisierung" (siehe Art. 6, VO (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlamentes und des Rates)³⁾.

Die Europäische Kommission (2024) empfiehlt der österreichischen Wirtschaftspolitik

im aktuellen "Bericht über den Stand der digitalen Dekade", neben anderen explizit genannten Sektoren auch im Agrarsektor die Entwicklung und den Einsatz digitaler Lösungen zu forcieren. Warum und wie solche Vorhaben in der EU erfolgreich sein können, erforschte eine Untersuchung des Joint Research Centre (Barabanova & Krzysztofowicz, 2023). Sie zeigt, dass sich die Wahl der Mittel an der Ausgangssituation sowie den Kapazitäten und Ressourcen orientieren muss, um die digitale Transformation im Agrarsektor zu beschleunigen.

Der vorliegende Beitrag stellt zunächst Studienergebnisse zur Digitalisierung in der österreichischen Gesamtwirtschaft vor. Kapitel 3 skizziert Forschungsergebnisse aus deutschsprachigen Ländern zur Digitalisierung in der Landwirtschaft. In Österreich

¹⁾ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:agricultural_policy (abgerufen am 28. 2. 2025).

²⁾ https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgb/1992/375/P1/NO_R12138682 (abgerufen am 28. 2. 2025).

³⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32021R2115> (abgerufen am 28. 2. 2025).

wurde dieses Thema bisher nur in bescheidenem Umfang untersucht; die Kernergebnisse zweier empirischer Arbeiten für Österreich

präsentiert Kapitel 4. Der Beitrag schließt mit einer Diskussion und Schlussfolgerungen.

2. Digitalisierung in der österreichischen Volkswirtschaft

Mit systematischen Erhebungen wie dem DESI – Digital Economy and Society Index von 2014 bis 2022⁴⁾, dem DESI Dashboard for the Digital Decade⁵⁾, Eurostat-Daten zum Einsatz digitaler Technologien in privaten Haushalten⁶⁾ und den Investment Surveys der Europäischen Investitionsbank⁷⁾ gibt es ein breites Spektrum von Datengrundlagen, mit denen sich Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung beobachten lassen. Digitalisierung wird als eine vielseitige Mehrzwecktechnologie verstanden (Peneder et al., 2019), die das Potenzial hat, beträchtlich zur Innovation und Produktivitätssteigerung beizutragen. In Österreich löste sie in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft aus. Wie Peneder et al. (2016, 2017, 2019) zeigen, fördert die Digitalisierung langfristig das Beschäftigungswachstum, führt aber auch zu Verschiebungen in den Berufsinhalten und Tätigkeitsschwerpunkten. Betont wird die Notwendigkeit, in Hochgeschwindigkeits-Datenübertragungsnetze zu investieren und die "digitale Intelligenz" als Bestimmungsfaktor der Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Bock-Schappelwein et al. (2021, 2023) stellen fest, dass Österreich in Bezug auf den digitalen Wandel innerhalb der EU eine mittlere Position einnimmt. Die Verbreitung von Plattformarbeit sei in Österreich gering, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, sei es nötig, die digitale Infrastruktur zu verbessern. Bärenthaler-Sieber et al. (2022, 2024) verorten Österreich hinsichtlich der Anwendung digitaler Technologien ebenfalls im Mittelfeld der EU. Trotz eines Rückstandes bei der Verfügbarkeit von ultraschnellem Breitbandinternet habe die Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) in Österreich markant zugenommen. Besonders größere Unternehmen im Dienstleistungssektor setzten vermehrt auf KI-Anwendungen. Vorschläge zur Forcierung digitaler Technologien sind die Förderung offener Netzzugangsmodelle und der Ausbau Gigabit-fähiger Zugangsnetze.

Neben diesen ausgewählten Arbeiten zur Digitalisierung in der österreichischen Gesamtwirtschaft setzen mehrere Beiträge thematische Schwerpunkte. So analysieren Hölzl

(2019) und Kügler et al. (2019) den Einsatz digitaler Technologien in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Österreich. Die dabei festgestellten Defizite seien auf unternehmensinterne Herausforderungen sowie einen Mangel an Information und Wissen zurückzuführen. Empfohlen werden gezielte Maßnahmen, um die Diffusion digitaler Technologien und Geschäftsmodelle zu fördern. Kirchner (2018) untersuchte die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Energieverbrauch und die Umwelt. Seine Studie zeigt, dass Digitalisierung durch bessere Technologien und immaterielle Güter den Energie- und Ressourcenverbrauch dämpfen kann, aber auch zum verstärkten Aufkommen von Elektronikschrott beiträgt. Betont wird die Notwendigkeit, unterstützende Rahmenbedingungen zu schaffen, um das transformative Potenzial der Digitalisierung zu heben und einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft voranzutreiben. Streicher und Reinstaller (2021) untersuchten den Einfluss der Digitalisierung auf die Nachfrage nach Schienengüterverkehr. Ihnen zufolge hat die Digitalisierung sowohl kurz- als auch langfristige Auswirkungen auf die Güternachfrage und den Modal Split. Der Transportinfrastruktur und wirtschaftlichen Schocks komme hinsichtlich der Nachfrage nach Transportdienstleistungen eine hohe Bedeutung zu. Angel (2022) widmete sich u. a. der Digitalisierung von Behördenkontakten und politischer Partizipation sowie ihrer Bedeutung für den Wohlfahrtsstaat. Neben Vorschlägen für die zukünftige Forschung betont er die Notwendigkeit, politische Maßnahmen zu entwickeln, um die Digitalisierung zu unterstützen und ihre unerwünschten Auswirkungen auf die Gesellschaft zu minimieren.

Wie dieser knappe Literaturüberblick zeigt, ist die Digitalisierung ein wichtiger Gegenstand der empirischen Wirtschaftsforschung in Österreich. Demgegenüber war der Agrarsektor bisher noch kein Kernthema von einschlägigen Untersuchungen im Kontext der österreichischen Wirtschaftspolitik. Da es auch keine Statistik auf EU-Ebene gibt, welche den Grad der Digitalisierung in den Agrarsektoren der Mitgliedsländer ausweist, sind keine Aussagen zur Position Österreichs im Ländervergleich möglich.

In Österreich gibt es zwar zahlreiche Studien zur Digitalisierung, allerdings wenig spezifische Evidenz zum Agrarsektor.

⁴⁾ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi> (abgerufen am 28. 2. 2025).

⁵⁾ <https://digital-decade-desi.digital-strategy.ec.europa.eu/datasets/desi/charts> (abgerufen am 28. 2. 2025).

⁶⁾ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Digital_economy_and_society

[statistics - households and individuals](#) (abgerufen am 28. 2. 2025).

⁷⁾ <https://www.eib.org/en/publications/online/all/digitalisation-europe-2022-2023-evidence-from-eib-investment-survey.htm> (abgerufen am 28. 2. 2025).

3. Literaturüberblick zur Digitalisierung in der Landwirtschaft

In der internationalen Literatur wird Digitalisierung in der Landwirtschaft als Ansatz angesehen, negative Umweltauswirkungen zu verringern.

Da Digitalisierung eine Mehrzwecktechnologie ist, die praktisch in allen Produktionsschritten und im gesamten betrieblichen Management zum Einsatz kommt, ist die Zahl der Anwendungen in der Landwirtschaft kaum zu überblicken (Moreno et al., 2024). Die verstärkte Digitalisierung birgt nicht nur das Potenzial, Produktionsabläufe effizienter zu gestalten, sondern kann aufgrund ressourcenschonender Vorgehensweisen auch die negativen Umweltauswirkungen der Produktion verringern und somit die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erleichtern (Huck et al., 2024; Myshko, 2024).

Die digitale Transformation der Landwirtschaft wird in der Literatur vornehmlich durch Umfragen und Studien zum Einsatz digitaler Technologien untersucht. Ammann et al. (2022) führten eine Online-Umfrage ($n = 150$) in der Schweiz durch. Im Zentrum standen digitale Methoden und Technologien, die in der Landwirtschaft verwendet werden, sowie Ansätze zur Bewertung der künftigen Nutzung. Block et al. (2021) zeigten auf Grundlage einer Online-Umfrage ($n = 161$) die hohe Bedeutung von Smartphones für die Echtzeit-Datenerfassung und -analyse, die für ein effektives Risikomanagement in landwirtschaftlichen Betrieben entscheidend sind.

Gabriel und Gandorfer (2000) gaben einen allgemeinen Überblick über die in der Landwirtschaft verwendeten digitalen Methoden und Technologien, basierend auf einer Umfrage unter 2.390 Landwirt:innen in Deutschland. Die Studie identifizierte die am häufigsten verwendeten Technologien und deren

Auswirkungen auf die Produktivität und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft. 2021 erweiterten Gabriel et al. (2021) ihre frühere Arbeit und lieferten eine detaillierte Analyse der in der Tierhaltung eingesetzten digitalen Technologien ($n = 591$). Die Studie berücksichtigte auch Betriebsmerkmale wie die Größe, die Art der Produktion und den Digitalisierungsgrad.

Groher et al. (2020) führten eine Umfrage ($n = 1.497$) in der Schweiz durch, die auf die Nutzung des Internets in der Landwirtschaft abstellte. Ihre Studie zeigte, dass das Internet zunehmend für den Zugang zu Informationen, die Kommunikation mit anderen Landwirt:innen und das Management landwirtschaftlicher Betriebe genutzt wird. Michels et al. (2019) befragten online und telefonisch 829 deutsche Landwirt:innen, um den Grad der Digitalisierung im Agrarsektor zu ermitteln. Demzufolge bergen digitale Technologien zwar ein erhebliches Potenzial, um landwirtschaftliche Praktiken zu optimieren, es bestünden aber auch Herausforderungen im Zusammenhang mit der Übernahme und Integration dieser Technologien.

Die hier vorgestellten Studien aus Deutschland und der Schweiz zeigen die wachsende Bedeutung digitaler Technologien in der Landwirtschaft und deren Potenzial, Produktivität, Nachhaltigkeit und Risikomanagement zu verbessern. Sie unterstreichen jedoch auch die Notwendigkeit zur Unterstützung, um die Herausforderungen der Implementierung und Anwendung digitaler Technologien im Agrarsektor zu überwinden.

4. Befunde zum Stand der Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft

Zum Stand der Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft gibt es bisher zwei Studien, die sich dem Thema aus verschiedenen Blickwinkeln nähern.

In Österreich wurde der Digitalisierung in der Landwirtschaft bisher nicht jene Aufmerksamkeit zuteil wie in der Schweiz oder in Deutschland. Es gibt allerdings zwei ökonomische Untersuchungen zum Stand der Digitalisierung im österreichischen Agrarsektor.

Im Jahr 2021 führte KeyQuest (2021) eine repräsentative telefonische Befragung unter Landwirt:innen durch, die sich insgesamt 25 "neuen Technologien" widmete. Zunächst wurde deren Bekanntheit erhoben und in weiterer Folge auch die aktuelle bzw. geplante Nutzung. Im Durchschnitt wurde jeder Betrieb zu 17 Technologien befragt. Die Studie von KeyQuest gibt somit einen Überblick zur Häufigkeit und Verbreitung von digitalen Technologien in Österreichs Landwirtschaft.

Im Jahr darauf wurde eine ähnliche Befragung unter mehr als 500 österreichischen freiwillig buchführenden Landwirt:innen durchgeführt (Kettner et al., 2023a, 2023b). In der 97 Fragen umfassenden Online-Er-

hebung sollten ihre Erfahrungen mit digitalen Anwendungen in verschiedenen Bereichen der Produktion und des Marketings ermittelt werden. Unterschieden wurden neben allgemeinen digitalen Technologien für die Landwirtschaft auch spezifisch für den Ackerbau oder die Tierhaltung eingesetzte Technologien. Auch Landwirt:innen, die über wenig Erfahrung im Umgang mit digitalen Anwendungen verfügten, wurden zur Teilnahme an der Befragung eingeladen, da ihre Antworten wichtig sind, um die Hemmnisse der Digitalisierung zu verstehen. Ziel war es, die Vorteile der Anwendung digitaler Technologien in der landwirtschaftlichen Praxis zu ermitteln und hemmende Faktoren zu identifizieren.

In den beiden folgenden Abschnitten werden zentrale Ergebnisse der skizzierten Untersuchungen dargestellt, wobei aus Platzgründen darauf verzichtet wurde, die konkreten Fragen und statistischen Auswertungen wiederzugeben, die den Originalquellen ent-

nehmbar sind (KeyQuest, 2021; Kettner et al., 2023a, 2023b).

4.1 Verbreitung und Anwendung digitaler Methoden und Technologien in Österreichs Landwirtschaft

Die Einstellung österreichischer Landwirt:innen zur Digitalisierung ist überwiegend positiv. Das Hauptmotiv zur Nutzung digitaler Technologien ist die Arbeitserleichterung, vor der Qualitäts- und Ertragssteigerung sowie der Erhöhung der Rentabilität. Die Befragten stehen den neuen Technologien pragmatisch gegenüber, wobei Funktionalität, Arbeitserleichterung und Leistung im Vordergrund stehen.

Der Bekanntheitsgrad der abgefragten Technologien liegt bei 94%, wobei Technologien zur Betriebsführung (vor allem zum Umgang mit Behörden) die höchsten Nutzungsraten aufweisen. Digitale Technologien und Werkzeuge werden vor allem im Management und der Administration eingesetzt. Das digitale Angebot von Banken, Behörden und der Agrarmarkt Austria (AMA) spielt dabei eine zentrale Rolle. Fast alle befragten Landwirt:innen nutzen auf ihren Mobiltelefonen Apps zum Informationsaustausch und zur Wettenvorhersage. Warndienste werden im Pflanzenbau intensiv genutzt, wenn sie verfügbar sind.

Im Bereich des Ein- und Verkaufs sehen etwa 20% der Befragten Vorteile in digitalen Technologien. Eigene Websites betreibt ein Fünftel der Betriebe, während Webshops und integrierte Buchungssysteme weniger verbreitet sind. Solche Anwendungen kommen vor allem in der Direktvermarktung von Gütern und Dienstleistungen, wie Urlaub auf dem Bauernhof, zum Einsatz.

Im Pflanzenbau sind Lenkungs- und Spurführungssysteme von Traktoren relativ weit verbreitet, insbesondere in spezialisierten Marktfruchtbetrieben. Dünger und Pflanzenschutzmittel werden häufig teilflächenspezifisch ausgebracht. Viele Betriebe planen, diese Techniken in naher Zukunft zu nutzen. Sensorgesteuerte Bewässerung und Steuerung von Hackgeräten sind weniger verbreitet, was auch am geringeren Bedarf liegt. Autonome Roboter zur Unkrautbekämpfung wurden zum Zeitpunkt der Befragung nicht genutzt.

In der Tierhaltung sind Stalkameras gängig, und viele Betriebe beabsichtigen deren Anschaffung. Digitale Systeme zur Steuerung des Stallklimas und der Fütterung sind ebenfalls im Einsatz, wenngleich eher selten. Roboter werden nur von wenigen Betrieben verwendet. In der Tierhaltung sind die Investitionskosten für digitale Lösungen, welche die Produktivität stark steigern, sehr hoch, insbesondere für Melkroboter und Fütterungssysteme. Solche Systeme lohnen sich erst ab einer gewissen Betriebsgröße und

werden daher häufig erst im Zuge von Erweiterungsinvestitionen angeschafft.

Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass es eine enge Komplementarität zwischen Angebot und Nachfrage bzw. Nutzung von digitalen Technologien gibt. Öffentlich bereitgestellte Warndienste zu Schädlingen im Pflanzen-, Obst- und Weinbau sind seit Jahren etabliert. Digitale Anwendungen auf Smartphones haben die Nutzung solcher Warndienste deutlich erleichtert und Feedback-Systeme die Funktionalität gegenüber reinen Informationssystemen wesentlich verbessert. Maschinen mit automatischen Spur- und Lenksystemen hielten erst in den letzten Jahren vermehrt Einzug in den Betrieben. Ein wichtiger Grund für die verzögerte Verbreitung dieser Technologien liegt darin, dass ihre unmittelbaren Vorteile zu gering sind, um eine vorgezogene Investition in einen neuen Traktor zu rechtfertigen. Ähnliches gilt für die Automatisierung der Tierhaltung. Damit entsprechende Systeme wirkungsvoll in Einsatz gebracht werden können, sind in der Regel erhebliche Umbaumaßnahmen und damit grundlegende Änderungen in den Betriebsabläufen und der Organisation nötig.

4.2 Herausforderungen und Hemmnisse

Der Einsatz digitaler Technologien in der österreichischen Landwirtschaft wird durch verschiedene Hemmnisse erschwert. Fast die Hälfte der Befragten sieht die hohen Kosten im Verhältnis zum erwarteten Nutzen als größtes Hindernis an. Ein gutes Fünftel nennt mangelndes Wissen oder fehlende technische Voraussetzungen als Barrieren.

Ungeeignete Schnittstellen für den Datenaustausch zwischen einzelnen Komponenten sind nicht nur ein häufiges Ärgernis, sondern oft auch der Grund für den gänzlichen Verzicht auf digitale Lösungen. Wenn es nötig ist, Daten aufwendig zwischen Applikationen zu kopieren und anzupassen, erhöhen sich die Anwendungskosten und Fehlerquellen, was die Vorteile digitaler Lösungen mindert.

Letztere zeigen sich besonders deutlich, wenn mehrere digitale Lösungen friktionsfrei kombiniert werden können. Dies führt zu Produktionssteigerungen, Kostenersparnissen und höheren Erlösen. Einzelne digitale Lösungen tragen zur Erleichterung der administrativen Arbeit bei, aber die größten Vorteile ergeben sich durch die Vernetzung verschiedener digitaler Systeme.

Finanzielle Gründe sind die Hauptursache für die Nicht-Nutzung digitaler Technologien. Fehlende Beratung oder Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich digitaler Technologien werden seltener als Hemmnisse genannt, obwohl viele Landwirt:innen Interesse an Weiterbildungen oder persönlicher

Digitale Hilfsmittel werden vor allem in der Verwaltung und zur Unterstützung von Entscheidungen eingesetzt.

Hohe Kosten, ein hoher Lernaufwand und der Mangel an unmittelbarer Rentabilität zählen zu den wichtigsten Hemmnissen des Einsatzes digitaler Technologien in der Landwirtschaft.

Beratung hätten. Datenschutzbedenken spielen ebenfalls eine Rolle und sind ein Motiv, digitalen Lösungen gegenüber abgeneigt zu sein.

Demografische und betriebliche Merkmale korrelieren beträchtlich mit der Einstellung zu digitalen Technologien. So sympathisieren jüngere und besser ausgebildete Betriebsleiter:innen im Durchschnitt stärker damit. Die Betriebsgröße korreliert am deutlichsten mit der Nutzungsintensität, besonders von Technologien im Produktionsbereich. Skalen-

vorteile dürften daher künftig stärker zum Tragen kommen, wenn digitale Technologien häufiger eingesetzt werden.

Die wichtigsten Informationsquellen über neue Technologien und Lösungsansätze sind für die Befragten Fachzeitschriften, das Internet und Gespräche mit anderen Landwirt:innen. Jene, die digitale Technologien bereits intensiv anwenden, nutzen vermehrt Informationsquellen, die mehr Eigeninitiative erfordern, wie Vorträge, Messen und Arbeitskreise.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Zur gezielten Beobachtung der Digitalisierung in Österreich wäre ein laufendes Monitoring nötig, um die Wirksamkeit der gesetzten Maßnahmen treffsicher evaluieren zu können

Wie die vorliegenden empirische Befunde zeigen, müssen für eine erfolgreiche Implementierung digitaler Lösungen im eigenen Wirkungsbereich mehrere Voraussetzungen vorliegen. Wesentlich ist vor allem der Aufbau digitaler Fähigkeiten und Kenntnisse. Diese zu erwerben, erfordert oft nicht unerheblichen Aufwand. Landwirtschaftliche Betriebe sind mit kleinen und mittleren Unternehmen vergleichbar und stehen vor den gleichen Herausforderungen. Maßnahmen, die an KMU adressiert sind, sollten daher in gleicher Weise Landwirt:innen offenstehen.

Die Förderung eines effektiven digitalen Ökosystems mit entsprechenden Investitionen in Infrastruktur und Konnektivität erleichtert die Entscheidung von Landwirt:innen, in digitale Technologien zu investieren. Ein Beispiel dafür ist die öffentliche Bereitstellung von "Real-Time Kinematic"-Signalen (RTK), welche die zentimetergenaue Steuerung von Landmaschinen zulassen.

Digitalisierung gilt in der Wirtschafts- und Agrarpolitik als wichtige Triebkraft einer produktiveren und nachhaltigeren Wirtschaft. Daher werden auch zahlreiche Maßnahmen

gesetzt, um die Übernahme digitaler Technologien in die Praxis zu forcieren. Derzeit ist jedoch nur beschränkt erkennbar, welche Maßnahmen wirken und in welchen Bereichen besonderer Handlungsbedarf besteht. Während für private Haushalte und Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft systematische Evaluierungen etabliert sind, betrachten Erhebungen im Bereich der Landwirtschaft derzeit nur Einzelaspekte und werden nicht regelmäßig durchgeführt. Ein systematisches Monitoring fehlt bislang. Angesichts der Bedeutung, die der Digitalisierung bei der Steigerung der Produktivität und der Verringerung von Umweltbelastungen zugeschrieben wird, sollte dem laufenden Monitoring mehr Beachtung geschenkt werden.

Besonderes Augenmerk sollte dabei der Frage gelten, ob und inwieweit digitale Technologien zu wirtschaftlichen Vorteilen beitragen. Die Rückmeldungen aus den Befragungen legen nahe, dass fallweise nur geringe Vorteile zu hohen Kosten erkauft werden, weil die Unternehmen, die Dienste und Maschinen anbieten, digitale Technologien nutzen, um Abhängigkeiten zu schaffen, die nur schwer zu überwinden sind.

6. Literaturhinweise

- Alarcón-Ferrari, C., Corrado, A., & Fama, M. (2023). Digitalisation, politics of sustainability and new agrarian questions: The case of dairy farming in rural spaces of Italy and Sweden. *Sociologia Ruralis*, 63(3), 703-728. <https://doi.org/10.1111/soru.12420>.
- Ammann, J., Walter, A., & El Benni, N. (2022). Adoption and perception of farm management information systems by future Swiss farm managers – An online study. *Journal of Rural Studies*, 89, 298-305. <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2021.12.008>.
- Angel, S. (2022). Dimensionen von Digitalisierung der Sozialpolitik in Österreich. Ein konzeptioneller Diskussionsbeitrag. *WIFO Working Papers*, (642). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/17691201>.
- Barabanova, Y., & Krzysztofowicz, M. (2023). *Digital Transition: Long-term Implications for EU Farmers and Rural Communities*. Publications Office of the European Union. <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC134571>.
- Bärenthaler-Sieber, S., Bilek-Steindl, S., Bock-Schappelwein, J., & Böheim, M. (2024). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen. *WIFO-Monatsberichte*, 97(12), 661-672. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55990806>.
- Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Kügler, A., & Schmidt-Padickakudy, N. (2022). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, Breitbandinfrastruktur und die Rolle der Open-Access-Netze. *WIFO-Monatsberichte*, 95(6), 379-390. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19112229>.
- Block, J., Michels, M., & Mußhoff, O. (2021). Digitale Risikomanagementtools in der Landwirtschaft. Status Quo und Anforderungen. *Berichte über Landwirtschaft – Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 99(1). <https://doi.org/10.12767/buel.v99i1.327>.

- Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Kügler, A., & Schmidt-Padickakudy, N. (2021). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19. *WIFO-Monatsberichte*, 94(6), 451-459. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/12873636>.
- Bock-Schappelwein, J., Kügler, A., & Schmidt-Padickakudy, N. (2023). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit. *WIFO-Monatsberichte*, 96(7), 467-479. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/37651298>.
- Europäische Kommission (2024). *Report on the State of the Digital Decade 2024. Annex – Short Country Report 2024. Austria*.
- Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Köppl, A., & Meyer, B. (2021). *Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4808308>.
- Gabriel, A., & Gandorfer, M. (2000). *Landwirte-Befragung 2020. Digitale Landwirtschaft Bayern*. Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft. https://www.lfl.bayern.de/mam/cms07/ilt/dateien/ilt6_praesentation_by_2390_27082020.pdf.
- Gabriel, A., & Gandorfer, M. (2021, 8.-9. März). *Wer nutzt was? Entwicklung eines dynamischen Tools zur Erstellung von Nutzerprofilen bei digitalen Technologien in der Landwirtschaft*. 41. GIL-Jahrestagung, Informations- und Kommunikationstechnologie in kritischen Zeiten. Gesellschaft für Informatik e.V. <https://dl.gi.de/handle/20.500.12116/35655>.
- Gabriel, A., Gandorfer, M., & Spykman, O. (2021). Nutzung und Hemmnisse digitaler Technologien in der Landwirtschaft. Sichtweisen aus der Praxis und in den Fachmedien. *Berichte über Landwirtschaft – Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 99(1). <https://doi.org/10.12767/buel.v99i1.328>.
- Groher, T., Heitkämper, K., & Umstätter, C. (2020). Nutzung digitaler Technologien in der Schweizer Landwirtschaft. *Agrarforschung Schweiz*, 11, 59-67. <https://doi.org/10.34776/AFS11-59>.
- Hölzl, W. (2019). Herausforderungen für kleinere Unternehmen durch die Digitalisierung. Bestandsaufnahme und Prioritäten. *WIFO-Monatsberichte*, 92(9), 685-695. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4144820>.
- Huck, C., Gobrecht, A., Salou, T., Bellon-Maurel, V., & Loiseau, E. (2024). Environmental assessment of digitalisation in agriculture: A systematic review. *Journal of Cleaner Production*, 472, 143369. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2024.143369>.
- Kettner, C., Kügler, A., & Sinabell, F. (2023a). The use of digital technologies in Austrian farms. *DISUCO Working Paper*, (4). <https://www.landnutzung.at/disuco.html> (abgerufen am 28. 2. 2025).
- Kettner, C., Kügler, A., & Sinabell, F. (2023b). Digitalisierung in Österreichs Landwirtschaft. *DISUCO Research Brief*. <https://www.landnutzung.at/disuco.html> (abgerufen am 28. 2. 2025).
- KeyQuest Marktforschung GmbH (2021). *Technologisierung & Digitalisierung in der Landwirtschaft*.
- Kirchner, M. (2018). Mögliche Auswirkungen der Digitalisierung auf Umwelt und Energieverbrauch. *WIFO-Monatsberichte*, 91(12), 899-908. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4140410>.
- Kügler, A., Reinstaller, A., & Dachs, B. (2019). Digitalisierung der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich. *WIFO-Monatsberichte*, 92(9), 663-673. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4144727>.
- Michels, M., Fecke, W., Feil, J.-H., Mußhoff, O., Pigisch, J., & Krone, S. (2019). An empirical analysis of internet usage intensity in German agriculture. *German Journal of Agricultural Economics*. <https://doi.org/10.22004/ag.econ.319804>.
- Moreno, J. C., Berenguel, M., Donaire, J. G., Rodríguez, F., Sánchez-Molina, J. A., Guzmán, J. L., & Giagnocavo, C. L. (2024). A pending task for the digitalisation of agriculture: A general framework for technologies classification in agriculture. *Agricultural Systems*, 213, 103794. <https://doi.org/10.1016/j.agsy.2023.103794>.
- Myshko, A., Checchinato, F., Colapinto, C., Finotto, V., & Mauracher, C. (2024). Towards the twin transition in the agri-food sector? Framing the current debate on sustainability and digitalisation. *Journal of Cleaner Production*, 452, 142063. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2024.142063>.
- Peneder, M., Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Fritz, O., & Streicher, G. (2016). *Österreich im Wandel der Digitalisierung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4118002>.
- Peneder, M., Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Fritz, O., & Streicher, G. (2017). *Ökonomische Effekte der Digitalisierung in Österreich*. *WIFO-Monatsberichte*, 90(3), 177-192. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4121495>.
- Peneder, M., Firgo, M., & Streicher, G. (2019). Digitalisierung in Österreich: eine Standortbestimmung. *WIFO-Monatsberichte*, 92(6), 447-457. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4143342>.
- Streicher, G., & Reinstaller, A. (2021). *Die Auswirkungen der Digitalisierung in der Industrie auf den Gütertransport in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/12996983>.
- Westermann, J. (2022). *Analyse und Klassifizierung von Digitalisierungsinitiativen in der Landwirtschaft*. Hochschule Hannover. <https://doi.org/10.25968/opus-2328>.

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

4/2025 Economic Expectations Remain Subdued at the Beginning of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2025

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Despite further slight improvements, sceptical economic assessments continued to dominate in January. Situation assessments improved in the services and retail sectors, while expectations only improved in the retail sector, albeit noticeably. Manufacturing companies are still very pessimistic. Uncertainty rose slightly in most sectors compared to the previous quarter. "Insufficient demand" remained the most frequently cited obstacle to business activity.

March 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57606188>

Frühere Ausgaben

3/2025 Austrian Industrial Production in a Country Comparison. Update 2025

Marcus Scheiblecker

January 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57349613>

2/2025 The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2024

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Angela Köppl, Thomas Url

January 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57349685>

1/2025 Fiscal Consolidation Hampered by Sluggish GDP Growth. Economic Outlook for 2025 and 2026

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

January 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56805033>

15/2024 Demand for Overnight Stays in Austria in 2024 Higher Than Before the COVID-19 Pandemic

Oliver Fritz, Sabine Ehn-Fragner

December 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55999445>

14/2024 Economic Assessments Remain Weak. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of October 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

November 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55576375>

13/2024 Significant Increase in Relative Unit Labour Costs in 2023

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

November 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55396614>

12/2024 Austria's Agriculture Suffered a Slump in Income in 2023 and is Subject to Continuous Structural Change

Franz Sinabell

October 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55177382>

11/2024 Recession in Austria Persists Stubbornly. Economic Outlook for 2024 and 2025

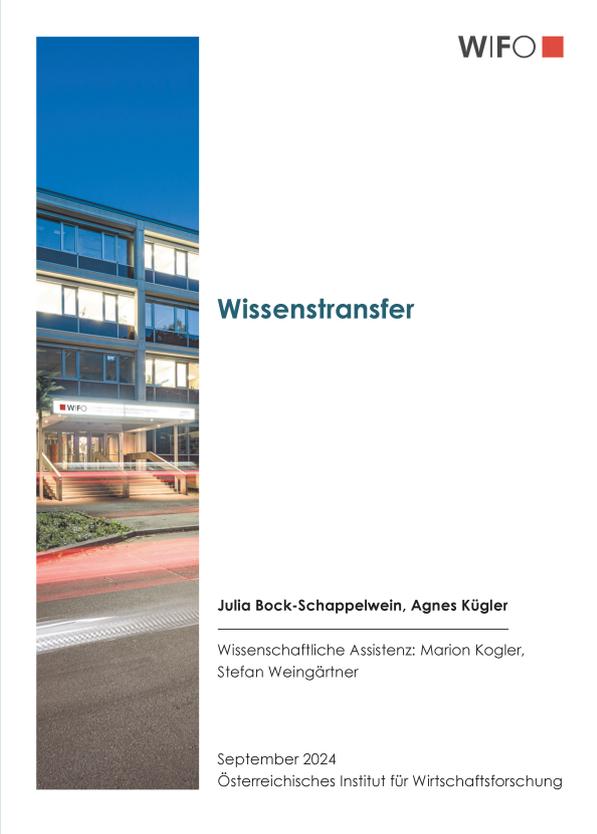
Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

October 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54846535>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-reports-on-austria/>

Wissenstransfer

Julia Bock-Schappelwein, Agnes Kügler



The image shows the cover of a report titled 'Wissenstransfer'. On the left side, there is a vertical photograph of a modern building with large windows, illuminated at night. The WIFO logo is visible on the building's facade. To the right of the photo, the title 'Wissenstransfer' is printed in a bold, teal font. Below the title, the authors' names 'Julia Bock-Schappelwein, Agnes Kügler' are listed. Further down, it mentions 'Wissenschaftliche Assistenz: Marion Kogler, Stefan Weingärtner'. At the bottom of the cover, the date 'September 2024' and the institution 'Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung' are noted. The WIFO logo is also present in the top right corner of the cover.

WIFO ■

Wissenstransfer

Julia Bock-Schappelwein, Agnes Kügler

Wissenschaftliche Assistenz: Marion Kogler,
Stefan Weingärtner

September 2024
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Das WIFO untersuchte im Auftrag der Fachgruppe Metalltechnische Industrie der Wirtschaftskammer Niederösterreich "Good-Practice"-Ansätze, die die Mitgliedsbetriebe der Fachgruppe darin unterstützen sollen, die unmittelbare Kommunikation und die Wissensvermittlung zwischen Ausbilder:innen und Lehrlingen gelingen zu lassen. Hierfür wurde ein "breiter" Ansatz gewählt, der sowohl die unmittelbare Interaktion beleuchtet als auch die Einflussfaktoren auf Wissensvermittlung, Kommunikation und auf den "Matching"-Prozess.

Im Auftrag der Wirtschaftskammer Niederösterreich • September 2024 • 59 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53963380>

5/2024 Rezession im produzierenden Bereich hält an – Vorlaufindikatoren verbessern sich • Konjunkturbeurteilungen beginnen sich zu stabilisieren. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2024 • Arbeitsmarkt 2023 im Sog des Konjunkturabschwungs • Exporte trotz schwacher Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2023

6/2024 Konjunktur kommt nur langsam in Schwung • Große regionale Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2023 • Chancen und Herausforderungen der neuen EU-Außenhandelspolitik am Beispiel ausgewählter Instrumente • Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft. Ökonomische und biophysische Effekte verschiedener Szenarien für Österreich

7/2024 Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotz der Konjunkturlaute im Euro-Raum • Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024 • Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

8/2024 Überinflation in Österreich eingedämmt • Konjunkturbeurteilungen wieder skeptischer. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2024 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2023 rückläufig • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2024. Sonderthema: Die Bedeutung der Landnutzung für die Ernährungssicherheit

9/2024 Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise • Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung • Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel • Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

10/2024 Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025 • Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029 • Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023 • EU-weite CO₂-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung. Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

11/2024 Weiterhin keine Trendwende in Österreichs Industrie und Bauwirtschaft • Konjunkturbeurteilungen bleiben unterdurchschnittlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2024 • Österreichs Innovationsleistung im internationalen Vergleich • Stellenmeldungen an das Arbeitsmarktservice und die Rekrutierung von Arbeitslosen durch österreichische Unternehmen

12/2024 Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen • Nächtigungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie • Emissionen entkoppeln sich von Wirtschaftsleistung. Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes 2025 bis 2029

1/2025 Zaghafte Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024 • Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025

2/2025 Noch keine Aussicht auf Konjunkturaufhellung • Konjunkturerwartungen auch zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2025 • Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. Euro-construct-Prognose bis 2027 • Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

N.N., Stadt Wien

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weningner, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtröglger-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Pauline Pohl, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

N.N., Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Anton Mattle, Landeshauptmann von Tirol

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmid-Dengler, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Ulrike Weissenlechner, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Dobhofer

